

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mtr. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpf. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Ein entschlossener Vorstoß des ADGB im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit.

Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses.

In seiner Sitzung am 16. Februar beschloß der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einzuberufen, der die Reichs- und Länderregierungen wie die Gemeinden unter Hinweis auf die furchtbaren Gefahren, die dem Staate und dem Volke drohen, wenn es nicht gelingt, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, zu tatkräftiger Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zu planmäßiger Arbeitsbeschaffung aufrufen soll.

Einstimmig faßte der Bundesausschuß seine Meinung über die gegenwärtige Lage zusammen in folgender

Entscheidung:

Die in den letzten 1 1/2 Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewalttätige Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz ihrer Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdrumpfung des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Prozent; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Prozent.

Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußpunkt unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Besonders ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden.

Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Überarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung.

Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen.

Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen darf sie nicht mit dem Hinweis auf angebliche Gefahren für die Währung abgetan werden.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei erster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wiederherstellen.

Arbeitszeit nur in einzelnen Berufen anzuordnen, hielt man nicht für zweckmäßig. Notwendig ist vielmehr, die Verkürzung der Arbeitszeit in großem Umfang durchzuführen. Die Einführung der Vierzigstundenswoche muß mit dem Zwang zur Einstellung von Arbeitskräften verbunden werden.

Das Krümpersystem ist nur unter bestimmten Voraussetzungen durchführbar, aber wo diese Voraussetzungen gegeben sind, liegt die Anwendung des Krümpersystems im Interesse der Gewerkschaften. Die Durchführung wird jedoch in den einzelnen Berufszweigen sehr verschiedene Formen annehmen. Dementsprechend wird sich auch die Beitragsregelung für kurzarbeitende oder nach dem Krümpersystem beschäftigte Mitglieder der Gewerkschaften verschiedenartig gestalten müssen.

Die Notwendigkeit einer besonderen Werbearbeit unter den Frauen wird in den einzelnen Verbänden ebenso verschieden sein wie die Möglichkeit zu einer solchen Tätigkeit. Es wurde aber allgemein anerkannt, daß hier Aufgaben vorliegen, die nicht vernachlässigt werden dürfen.

Die Verbandsvertreter waren einstimmig der Auffassung, daß der IOB sich nur auf den Landeszentralen aufbauen kann. Daß die internationalen Berufskongresse an den Ausschüssen des IOB teilnehmen, mag zweckmäßig sein, aber weitere Konzessionen an die Berufsinternationalen in der Richtung einer Stärkung ihrer Stellung im IOB, hielt man nicht für zweckmäßig.

Die Haltung des Bundesvorstandes in der Reparationsfrage wurde gebilligt. Es war notwendig, in dieser Zeit unmißverständlich als die Meinung der deutschen Gewerkschaften auszusprechen, daß die Reparationslasten den Lebenspielraum der deutschen Arbeiterschaft in weitgehendem Maße einschränken und daß ihre Fortdauer der Wiederbelebung der Wirtschaft hindernd im Wege steht. Insofern gebühren die Reparationen auch zu den Ursachen der immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland, um so mehr, als nicht zuletzt auf diese politischen Zahlungen und ihre Wirkungen die Störungen des Vertrauens innerhalb der Weltwirtschaft und in ihrer Folge die schwere Erschütterung des Kreditwesens zurückzuführen sind.

Am Schluß der Debatte stellte Leipart fest, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen. Die Gewerkschaften sind auch nur insoweit Befürworter des Krümpersystems, als bei der Anwendung desselben Rücksicht auf die Eigenart der Berufsgruppe und Betriebe genommen wird. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues hartes Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ist nicht zu leugnen. Aber noch fürchterlicher wäre es für die Arbeiterschaft, wenn aus den 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 Millionen werden würden. Sinn hat das Opfer, das die Arbeiterschaft bringen würde, jedoch nur dann, wenn die Einführung der Vierzigstundenswoche in einer Weise erfolgt, die Gewähr bietet für die Einstellung von neuen Arbeitskräften.

Zur Reparationsfrage erklärte Leipart abschließend: Es besteht kein Widerspruch zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der Lösung: Schluß mit den Reparationen. Wenn die Welt sich darüber klar geworden, daß der politische Streit um die Reparationen eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist. Die Beseitigung dieser politischen Ursache der Krise ist die wichtigste Voraussetzung für ihre Überwindung. Sie liegt im Interesse der Arbeiter aller Länder, auch der Arbeiter Frankreichs. Wir sagen nicht: wir wollen nicht zahlen, wir sagen das vor allem nicht im Widerspruch zu unseren ausländischen Genossen, sondern wir rufen diesen, namentlich unseren französischen und belgischen Freunden zu: Ihr dürft nicht zulassen, daß die Last der Reparationen auch fernhin die deutsche Arbeiterschaft bedrückt. Wir begeben keine Untreue gegen die Internationale, indem wir unsere Pflicht, die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, in erster Linie erfüllen.

(Schluß des Berichts folgt.)

4. Ausschussitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Reparations-, Arbeitszeit- und Steuerfragen.

Am 15. Februar trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner vierten Tagung zusammen.

Leipart eröffnete die Verhandlungen mit herzlichem Worten des Gedankens über den langjährigen Kassierer der Generalkommission und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Kube, der im vergangenen Monat aus dem Leben geschieden ist.

Sodann erstattete Leipart Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes während der letzten Monate. Insbesondere kritisierte er die ungeschickte Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Der Bundesvorstand hat bekanntlich gegen das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das den Anschein erweckte, als ob die Arbeitszeitverkürzung in der jetzigen Zeit keine aktuelle Bedeutung mehr habe, entschieden Verwahrung eingelegt und die schleunige Durchführung dieser von den Gewerkschaften nach wie vor vertretene Forderung verlangt.

In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Leipart erläuterte in kurzen Zügen die Haltung des Bundesvorstandes. Die Forderung: „Schluß mit den Reparationen“ steht in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, bereits geleistet worden sind, und daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ihm die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestatte, um so mehr, als die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen für die letzte Reparationsregelung sich inzwischen so verschoben haben, daß es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen widersinnig wäre, an ihr festzuhalten. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Schon seit Jahren sind innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung Bestrebungen im Gange, die Berufsinternationalen entweder zur alleinigen organisatorischen Grundlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu machen oder sie doch neben den Landeszentralen als gleichberechtigte Träger der Organisation anzuerkennen. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß allein die Landeszentralen die Träger des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein können. Auch der Vorstand des IOB selbst ist dieser Auffassung.

Schlimme berichtete über Steuerfragen. Vom 10. Februar 1932 an wird in der Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer eine Erleichterung eintreten. Dieses Ergebnis ist durch gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammen mit den ihnen nahestehenden Parteien ermöglicht worden. Weitergehende Forderungen, daß alle lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer befreit bleiben, werden vom Bundesvorstand weiter verfolgt. Die Lohnsteuerlenkung aus Billigkeitsgründen auf Grund von § 131 der Reichsabgabenordnung wird von der Behörde bekämpft. Gegen

diesen rechtlich unhaltbaren Standpunkt wehren sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Sie fordern, daß die Lohnsteuer erst dann abgezogen wird, wenn das lohnsteuerfreie Einkommen wöchentlich oder monatlich erreicht ist. Der Bundesvorstand fordert die Einführung von Steuerbüchern für unständig Beschäftigte, um eine Regelung in diesem Sinne anzubahnen. Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre lohnsteuerpflichtig seien. Der Bundesvorstand wird im Klagewege gegen diese Auffassung vorgehen. Der Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Vorstand des Afa-Bundes einen Gesetzentwurf für eine schärfere Kontrolle der Werksparkassen ausgearbeitet, der dem Reichstage zugeleitet worden ist.

Schlimme machte dann nähere Mitteilungen über den organisatorischen Aufbau der Eisernen Front, für die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit einsetzen.

Spliedt berichtete über das Krümpersystem, für dessen Durchführung sich der Bundesvorstand in einem Rundschreiben eingesetzt hat.

Kollegin Hanna ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen ein. Man kann vielleicht mit Recht fragen, ob die Form der organisatorischen Erfassung der Frauen in den Verbänden für die Werbung zweckmäßig ist. Gewiß ist eine Sonderorganisation der Frauen in den Verbänden nicht empfehlenswert, dennoch muß ihrer Eigenart stärker Rechnung getragen werden, wenn sie für den Dienst an der Gesamtbewegung ertragen werden sollen. Die allgemeinen gewerkschaftlichen Veranstaltungen haben in ihrer bisherigen Art aus einer Reihe von Gründen nicht die genügende Anziehungskraft auf die Frauen. Man muß sie von ihrem speziellen Interessenkreis aus zu gewinnen suchen, man muß sie gesondert zusammenholen und unter Umständen Fragen erörtern, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Problemen stehen, aber bei geschickter Behandlung doch zwanglos in Verbindung mit ihnen gebracht werden können. Die Heranziehung der Frauen zu aktiver Mitarbeit ist selbstverständlich nicht nur von Wert zu Beruf, von Organisation zu Organisation, sondern auch von Ort zu Ort verschieden. Entscheidend aber ist, daß man die Werbearbeit nicht nur auf die Berufstätigkeit abstellt, sondern die weiblichen Mitglieder wie die Unorganisierten auch als Frauen und Mütter zu interessieren versteht und sie auf diesem Wege allmählich in die Organisation heranzieht.

In der Aussprache wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß es noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in Deutschland gibt, die erheblich länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, und zwar besonders häufig in öffentlichen Betrieben.

Die jüngst bekanntgewordene Auffassung des Reichsarbeitsministeriums über die Frage der Arbeitszeit, daß es nicht angebracht sei, die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit gegenwärtig weiter zu verfolgen, wird von allen Verbandsvertretern entschieden verurteilt. Die Verkürzung der

Durch Hunger zum Dritten Reich.

Neu aufgefundene Schriftstücke erweitern das Bild über die Zustände, die eintreten würden, wenn der Nationalsozialismus aus Ruher käme. Die Bogheimer Dokumente werden ergänzt durch das Material, welches das badische Staatsministerium veröffentlicht. Die Nazis haben die Bauern aufgefordert, von der neuen Ernte nur so viel zu verkaufen, daß aus dem Erlös die dringendsten Verpflichtungen gedeckt werden können. Dies gelte nicht nur für das Brotgetreide, sondern auch besonders für Vieh. In dem Schreiben heißt es weiter: wer die Ernährung des Volkes beherrscht, beherrscht das Volk. Für die Nationalsozialisten bestehe deshalb die dringende Aufgabe, die Ernährung des Volkes „sicherzustellen“. Sodann wird mit der Möglichkeit gespielt, daß eine Machtergreifung des Bolschewismus zu erwarten sei. Um den kommunistischen Putsch in kurzer Zeit niederzujawerfen, sei es vonnöten, den Städten die Lebensmittelzufuhr unverzüglich zu sperren. Aus diesen Äußerungen kann

Elbing 138.

In der Zahlstelle Elbing wurden im 4. Quartal 1931 dem Verbands

138 neue Mitglieder

geworben. Ein Bravo den unermüdbaren wackeren Werberrn! Wer wagt nun noch zu behaupten, daß in der Agitation „nichts mehr zu machen“ sei? Welcher Zahlstelle wird die nächste ehrende Erwähnung zuteil?

man erleben, in welcher Weise die Nazis ihre Herrschaft zu sichern bestrebt sind. Der angenommene kommunistische Putsch ist natürlich purer Unsinn. Eine derartige Möglichkeit wird dem gläubigen Volke nur vorgeschwätzt, um es besser einfangen zu können. Die aufgefundenen Dokumente zeigen aber mit Deutlichkeit, daß im Falle einer Machtübernahme durch die Nazis sogar mit einer Aushungerung der Städte zu rechnen ist. Diese Gefahr zu erkennen heißt die Nazis bekämpfen, wo sie anzutreffen sind.

Der Französische Gewerkschaftsbund und die Kriegsschuldenfrage.

In seinem Tätigkeitsbericht an den Bundesausschuß des Französischen Gewerkschaftsbundes kam Generalsekretär Jouhaux auch auf die Frage der Reparationen und Kriegsschulden zu sprechen, wobei er folgende bemerkenswerten Ausführungen machte: „Das Problem der Reparationen und Schulden drückt auf die Wirtschaft aller Länder. Es muß endlich zu einem Resultat kommen: die Arbeiterorganisationen müssen in dieser Richtung wirksam sein. Bis jetzt haben die Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zugunsten der Durchführung des auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß von London aufgestellten Prinzips der Annullierung der aus dem Kriege entstandenen internationalen Schulden nur zu Teilresultaten geführt: der Dawesplan und später der Youngplan haben eine Milderung gebracht, jedoch das Problem nicht gelöst. Nun ist die Frage neuer-

dings im Hinblick auf eine endgültige Lösung aufgeworfen worden, jedoch unter Bedingungen, die beunruhigend und unerfreulich sind. Von der einen Seite hat man von der Drohung gehört, den Vertrag durch ein einseitiges Vorgehen zu brechen, was unannehmbar ist. Auf der anderen Seite will man den Vertrag in seiner ganzen Strenge aufrechterhalten, ohne auf die Bedingungen zu achten, die ihn unausführbar gemacht haben. Es sind widerspruchsvolle Zahlen aufgestellt worden, und selbst das beste Schiedsgericht wäre nicht mehr in der Lage, den Irrtum von der Wahrheit zu unterscheiden. Man muß deshalb zu einer Lösung kommen, die logisch ist und von der Vernunft diktiert wird. Welches ist diese Lösung? Meiner Ansicht nach gibt es nur ein Mittel, um aus allen Schwierigkeiten herauszukommen: Schwamm darüber! Selbst wenn wir das Recht zur Feststellung hätten, daß die Reparationen voll und ganz bezahlt werden müssen, so müßten wir zugeben, daß die Zahlungsbedingungen nicht mehr bestehen. Machen wir uns diese Tatsache zunutze, um sie in den Dienst der internationalen Solidarität zu stellen und daraus alle moralischen Vorteile zu ziehen, die sie uns bietet. Die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Gesundung fordert diese Endlösung. Sicherlich haben die nationalen Leidenschaften und Vorsorgemaßnahmen, die Irrtümer der Politiker oder ihre erstaunliche Verkennung der wahren Sachlage diese Lösung sehr schwierig gemacht. Sie ist jedoch nicht unmöglich, und wir müssen dazu kommen, wäre es auch nur, um eine Einheitsfront Europas gegenüber den Forderungen Amerikas zu bilden.“

§ 89a WVG.

und die dazu vom Landesarbeitsamt Nordmark festgelegten Richtlinien.

Der § 89a hat schon recht häufig die Spruchauschüsse, Spruchkammern und den Spruchsenat beschäftigt. Mit diesem Paragraphen soll verhindert werden, daß Arbeitslose, die im Besitz einer Landwirtschaft sind, nicht neben ihren Einnahmen aus der Landwirtschaft noch Arbeitslosenunterstützung beziehen. Dieser Paragraph soll besonders verhindern, daß in der Industrie beschäftigte gewesene ledige Arbeitslose, die während ihrer Arbeitslosenzeit im Hause der Eltern wohnen, die Landwirtschaft betreiben und dadurch die Möglichkeit haben, sich während der Arbeitslosenzeit bei den Eltern zu betätigen, um die Unterhaltskosten zu verdienen, nicht auch noch Arbeitslosenunterstützung beziehen.

- § 89a lautet:
- Arbeitslos ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender, erwirbt oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern oder von Abkömmlingen den gemeinsamen Lebensunterhalt miterwirbt oder miterwerben kann, falls dies den Beteiligten nach Lage der Verhältnisse billigerweise zugemutet werden kann; das ist insbesondere anzunehmen, wenn die Beteiligten in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben.
 - Für die Frage, ob Arbeitslosigkeit vorliegt, bleiben vorübergehende Dienstleistungen, die auf Grund des § 168 der Reichsversicherungsordnung nicht der Pflicht zur Krankenversicherung unterliegen, außer Betracht. Geringfügige Beschäftigungen im Sinne des § 75a Abs. 2 kommen nur in Betracht, soweit sie der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen.
 - Darüber, unter welchen Voraussetzungen anzunehmen ist, daß jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwirbt oder erwerben kann oder im Betrieb eines Angehörigen miterwirbt oder miterwerben kann, hat der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes oder mit seiner Zustimmung der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Richtlinien aufzustellen, im Beschwerdeverfahren (§§ 188, 190) kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes oder der Vorstand der Reichsanstalt die Richtlinien aufstellen; in den Richtlinien ist insbesondere zu regeln, in welchem Umfang Unterstützung zu gewähren ist, wenn die Befähigung oder die Beschäftigungsmöglichkeit den Arbeitslosen ständig oder zeitweilig nicht voll in Anspruch nimmt oder ihr Ertrag den erforderlichen Lebensunterhalt nur teilweise deckt.
 - Inhaber von Wandergewerbebetrieben sind in keinem Fall als arbeitslos anzusehen.
- Es heißt also im Absatz 2 ausdrücklich: Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes ... kann Richtlinien aufstellen. Diese Richtlinien werden unseren Arbeitslosen aber nur allzuoft zum Verhängnis, weil sie nicht wissen, wie sie diesen Richtlinien gegenüberstehen sollen. Die Arbeitslosen, die ein hohes Landwirtschafsbetrieb betreiben, können sich nicht den Luxus eines eigenen Rechnungsführers, eines Buchhalters usw. leisten wie die Großgrundbesitzer, auf der anderen Seite wird ihnen aber von den Arbeitsämtern ganz genau berechnet, was ein solcher Betrieb abwerfen und daß er diese und jene Familienangehörigen miternähren kann. — Dafür ist folgender Fall äußerst lehrreich:

Das Arbeitsamt Ostrow hatte einem Arbeitslosen, der in der chemischen Industrie gearbeitet hatte, auf Grund des § 89a die Arbeitslosenunterstützung verweigert, weil er bei seinen Eltern wohnte, die eine kleine Bäckerei besitzen mit 1500 Quadratrußen Acker, 400 Quadratrußen Wiesen (Eigentum), 750 Quadratrußen Acker, 350 Quadratrußen Wiesen (Pachtland) und einem Viehbestand von 2 Pferden, 3 Kühen, 1 Jungvieh und 5 Hühnern. Der Antragsteller hat eine Frau und drei schulpflichtige Kinder. Seine Familie lebt ebenfalls mit seinen Eltern in häuslicher Gemeinschaft, und er bezieht für den Unterhalt derselben je Woche 15 Mk.

Der Arbeitslose wurde zunächst mit seinem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung so weit abgewiesen, daß ihm nur die Unterstützung für einen Tag zugesprochen wurde. Nach Anrufung des Spruchauschusses wurde die Entscheidung des Vorstehenden des Arbeitsamtes Ostrow dahingehend abgeändert, daß der Arbeitslose die Unterstützung für drei Tage erhalten sollte. Hiergegen ist ebenfalls Berufung eingelegt worden unter besonderem Hinweis darauf, daß die Entscheidung des Spruchsenats vom 4. Dezember 1931 — veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt 1932 Nr. 3, Teil IV, S. 44 und 45 unter 4271 — zugunsten des Arbeitslosen spricht. In der Einleitung dieser Entscheidung heißt es:

„Für die Frage, ob im Sinne von § 89a Abs. 1 WVG. der Arbeitslose den gemeinsamen Lebensunterhalt miternähren kann, ist nicht schlechthin entscheidend, ob der Betrieb gerade während der Dauer der Arbeitslosigkeit einen Ertrag abwirft, der unmittelbar durch die Tätigkeit des Arbeitslosen erzielt wird, sondern maßgebend ist, ob der im Betrieb während des ganzen Wirtschaftsjahres erzielte Ertrag auch während der Dauer der Arbeitslosigkeit zur Bestreitung des Lebensunterhalts der Arbeitskräfte verwendet zu werden pflegt.“

Noch deutlicher spricht die Begründung mit den Worten:

„Jedoch ist die Veragung der Arbeitslosenunterstützung nach § 89a Abs. 1 WVG. nur gerechtfertigt, wenn der Ertrag des Betriebes zur Bestreitung des gemeinsamen Lebensunterhalts für alle Arbeitskräfte hinreicht und also auch der Lebensunterhalt des Arbeitslosen mitgedeckt wird. Für die Frage, ob dies der Fall ist, ist aber nicht schlechthin der Ertrag zugrunde zu legen, den der Betrieb gerade während der Dauer der Arbeitslosigkeit abwirft.“

Besonders in der zuletzt angeführten Begründung wird hervorgehoben, daß es darauf ankommt, ob der Betrieb so viel abwirft, daß der Arbeitslose davon miternährt werden kann, wenn er ohne Arbeit ist.

Niemand wird behaupten wollen, daß eine so kleine Bäckerei sieben Personen ernähren kann, besonders während der Wintermonate. Sollte es doch bejaht werden, dann gibt es eine Logik mit doppeltem Boden, d. h. dann stimmt alles nicht, was von der großen Not der Landwirtschaft behauptet wird. Daß dieser Betrieb aber nicht so viel Personen ernähren kann, beweist, daß der Arbeitslose immer in der chemischen Industrie gearbeitet hat, um seine Familie ernähren zu können.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Instanzen im Landesarbeitsamt Nordmark, die diese Richtlinien festgelegt haben, sie nicht so engherzig ausgelegt haben wollen. — Richtlinien sind sehr gut; sie werden aber den Arbeitslosen zum Verhängnis, wenn man sich allzu sehr an sie klammert.

Bericht des Gaus 4 über das Jahr 1931.

Die Arbeitslosigkeit hat sich im Jahre 1931 noch infolgedessen verschlimmert, als ein großer Teil der Betriebe in den für uns zuständigen Industrien, wie Papier-, Konerven- und chemische Industrie, teilweise stillgelegt wurden. Kurzarbeit eingeführt oder Entlassungen vornahm. In den Vorjahren haben diese Betriebe noch ohne Einschränkung durchgearbeitet. Aber auch die Grobkeramik (Kreide-, Kalk-, Zement- und Ziegelindustrie) hatte unter der eingeschränkten Vantätigkeit sehr zu leiden. Durch die internationale Regelung der Produktion in der rübenerarbeitenden Zuckerindustrie wurde der Betrieb in Barth a. d. Ostsee ganz stillgelegt. Das hatte weiter zur Folge, daß die Kampagne von 10-12 Wochen auf 5-7 Wochen zurückgegangen ist. Das ist besonders für die Ziegler ein harter Schlag, da diese in den früheren Jahren während der Kampagne in der Zuckerindustrie beschäftigt wurden und so ihre Anwartschaft zur Arbeit erfüllen konnten. Dies ist jetzt wegen der verkürzten Kampagne unterbunden.

In dieser schweren Zeit können leider manche noch in Lohn und Brot stehende Kollegen nicht begreifen, daß Arbeitslose auch einmal arbeiten wollen. Wir hatten uns schon vor Jahren an die Landesarbeitsämter Nordmark und Pommern mit dem Ersuchen gewandt, jene Arbeitsämter, in deren Bereich Zuckerfabriken liegen, anzuweisen, mit den Direktoren der Zuckerfabriken wegen der reiflichen Einführung des Dreischichtensystems in Verbindung zu treten, damit mehr Arbeitskräfte eingestellt werden könnten. Die Landesarbeitsämter sind unserer Anregung in dankenswerter Weise nachgekommen, und mit Unterstützung der meisten Arbeitsämter war es möglich, die Zahl der in zwei Schichten arbeitenden Zuckerfabriken innerhalb unseres Bezirks immer mehr zu verringern. Beim Arbeitsamt Rostock fanden wir diese Unterstützung nicht. Nach wie vor wurde in der Zuckerfabrik Tessin in zwei Schichten gearbeitet, obgleich am Orte Arbeitslose genügend waren. Das lag zum großen Teil aber daran, daß der Betriebsrat der Tessiner Zuckerfabrik freiwillig der zweischichtigen Arbeitszeit zugestimmt hatte.

Bei den Lohnbewegungen in den einzelnen Industrien befanden wir uns meist in der Abwehr. Daß die Arbeitgeberverbände und ihre Syndiz auf Lohnabbau eingestellt waren, ist bekannt. Gelbe, RGO- und Nazis arbeiteten den Unternehmern in die Hände. Solange die Arbeiterchaft nicht begreift, daß sie nur geschloffen und einzig eine Macht darstellt, muß sie nicht nur einen Abbau des Lohnes, sondern auch einen Abbau aller anderen sozialen Errungenschaften über sich ergehen lassen.

Die Agitation in unseren Zahlstellen und die vom Vorstand für die Monate Oktober und November 1931 angelegte Werberaktion haben wir kräftig unterstützt. Es sind auch gute Erfolge erzielt, leider jedoch nicht so, wie man es hier und dort hätte erwarten können. Dies lag zum Teil daran, daß sich viel zuwenig Kolleginnen und Kollegen an der Agitation beteiligten. Ein Teil jener Kollegen, die von unserer Organisation Invalidenunterstützung beziehen, könnte sich in den Zahlstellen z. B. mehr für die Agitation, insbesondere für die Hausagitation, zur Verfügung stellen. Also: „Ihr Invaliden, helft mit, die Organisation aufzubauen!“ — In besonderen Frauenversammlungen wirkten als Referentinnen die Kollegin J a m e r t, die Kollegin A m m e r (Köselin) und die Kollegin L u d w i g (Wittenburg); diese Versammlungen waren, abgesehen von einigen Ausnahmen, gut besucht. Ferner wurden zur Belebung der Agitation in anderem Gau 39 Vorfürungen der Filme „Aufstieg“ und „Freundschaft“ vorgenommen, die allgemeinen Anklang fanden. Mit der Jugendbewegung in unserem Gau könnte es besser sein, wenn die Zahlstellen, die über eine größere Anzahl jugendliche verfügen, sich mit größerer Liebe der Jugendbewegung widmen würden.

Vor den Landesarbeits- und den Arbeitsgerichten wurden 85 Prozesse geführt. Wir erzielten für die Klagen eine Summe von 3846,42 Mk.

43 Verhandlungen hatten wir vor den Spruchauschüssen, den Spruchkammern und den Oberversicherungsämtern zu führen. Durch den Gauleiter wurde ferner noch eine Anzahl Streitigkeiten aus dem WVG. bei dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes schriftlich oder mündlich zugunsten der Kolleginnen und Kollegen erledigt.

Unsere gesamte Tätigkeit im Jahre 1931 geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

| | |
|---|-----|
| Tarif- und Lohnverhandlungen | 96 |
| Vermittlung bei Differenzen usw. | 60 |
| Vertretungen vor den Arbeitsgerichten | 71 |
| Vertretungen vor den Schlichtungsausschüssen und Tarifinstanzen | 45 |
| Gauleiterkonferenzen | 15 |
| Branchenkonferenzen | 17 |
| Zahlstellenleiterkonferenzen | 16 |
| Betriebsrätekonferenzen | 3 |
| Öffentliche Versammlungen | 5 |
| Branchenversammlungen | 9 |
| Betriebsversammlungen | 66 |
| Mitgliederversammlungen | 122 |
| Sonstige Sitzungen | 191 |
| Angemeldete Kassenrevisionen | 9 |
| Unangemeldete Kassenrevisionen | 9 |
| Kontrolle der Mitgliedsbücher | 23 |
| Vertretungen in sonstigen Angelegenheiten | 314 |
| 1071 | |

Die Postein- und -ausgänge erreichten die statische Zahl von 10 569. R. Wiesenbäcker.

Bürgersteuer für Kurzarbeiter ermäßigt.

Endlich ist der unsoziale Zustand beseitigt, daß auch solche Arbeitnehmer, die zur Zeit kurzarbeiten oder deren Lohn erheblich gesenkt wurde, mit der vollen Bürgersteuer belastet sind. Es gilt nunmehr folgendes:

Bei Arbeitnehmern, für die bei der nächsten auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung ein Steuerabzug vom Arbeitslohn wegen Nichtüberschreitens der Freigrenze nicht möglich ist, ermäßigt sich der an diesem Tage einzubehaltende Teil der Bürgersteuer auf die Hälfte. Ein Beispiel zum besseren Verständnis: Wäre der Teilbetrag der Bürgersteuer am Sonnabend dem 27. Februar, fällig, dann wird von diesem Teilbetrag nur die Hälfte erhoben, wenn am Sonnabend, dem 5. März, als dem auf die Fälligkeit der Bürgersteuer folgenden Lohnzahlungstag, der Arbeitnehmer keine Lohnsteuer zu entrichten braucht, weil der Verdienst die Lohnsteuerfreigrenze nicht überschritten hat.

Im derselben Tatsachend auch gegeben, wenn die weitere Rate für die Bürgersteuer fällig ist, dann wird ebenfalls wieder nur die Hälfte der Rate der Bürgersteuer einbehalten. Ergibt sich aber gerade, obwohl vordem keine Lohnsteuer wegen Nichtüberschreitens der Freigrenze zu zahlen war, daß bei der Lohnzahlung, die auf den Fälligkeitstag der Bürgersteuer folgt, Lohnsteuer einzubehalten ist, dann allerdings muß die im Augenblick fällige Bürgersteuer rate voll bestritten werden.

Bei einem Ledigen wird zum Beispiel, wenn der Lohn je Woche unter 24 Mk. oder je Monat unter 100 Mk. bleibt, keine Lohnsteuer erhoben, das heißt jene Beträge machen die Freigrenze aus. Zu diesen Freibeträgen treten dann noch die Familienermäßigungen, deren Höhe sich nach der Zahl der Personen richtet, die auf der Steuerkarte vermerkt ist. Außerdem erhöht sich dann noch die Freigrenze um die Sonderermäßigungen, die auf besonderen Antrag vom Finanzamt erteilt sind.

Es ist festzuhalten: Wird an dem in Frage kommenden Zeitpunkt wegen Nichtüberschreitens der gegebenen Freigrenze Lohnsteuer nicht einbehalten, so ist nur die Hälfte von der Rate der Bürgersteuer fällig. Das findet jedoch keine Anwendung, wenn bereits wegen Ermäßigung des Landesgesetzes nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 der Bürgersteuerverordnung auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert ist.

Die Verordnung, die die neuen Änderungen bringt (Reichsgesetzblatt 1932 S. 66), gilt erstmalig für den am 10. Februar 1932 fällig werdenden Teilbetrag der Bürgersteuer.

Abschließend sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn der Lohn für volle Monate bis 12 Mk., für volle 14 Tage bis 20 Mk., für volle Wochen bis 10 Mk. und für volle Arbeitstage bis 1,70 Mk. beträgt, dann überhaupt keine Bürgersteuer in Frage kommt. Lorenz Popp.

Bericht des Gaus 15 über das Jahr 1931.

Schon im Jahre 1930 hat man von einem schweren Krisenzustand in der deutschen Wirtschaft gesprochen. Viel schlimmer gestaltete sich aber die Entwicklung des vergangenen Jahres.

Mit Lohnsenkungen wollte man die Wirtschaft ankurbeln. Das Gegenteil trat ein. Von unseren Industriegruppen wurden etwa 120 Betriebe stillgelegt; darin waren zuletzt 4612 Personen beschäftigt. Daneben setzte in vielen Betrieben starke Kurzarbeit ein. In der Woche vom 6. bis 12. Dezember 1931 arbeiteten von unseren Mitgliedern 40 bis 48 Stunden 7119, 22 bis 40 Stunden 3835, unter 32 Stunden 1556, während über 48 Stunden noch 829 arbeiteten.

Ende 1930 hatten wir im Gau 9867 Arbeitslose = 27,3 Prozent. Ende 1931 hatten wir im Gau 12 568 Arbeitslose = 40,0 Prozent. Ende 1930 hatten wir im Gau 2965 Kurzarbeiter = 8,2 Prozent. Ende 1931 hatten wir am Gau 4546 Kurzarbeiter = 14,4 Prozent. Außerdem hatten wir am Jahreschluß 1746 männliche und 199 weibliche Invaliden.

Nach in den Ergebnissen der Betriebsratswahlen kommt die Verschlechterung der Wirtschaftslage klar zum Ausdruck.

Der Rückgang der Betriebe, in denen im Jahre 1931 die gesetzliche Wahl vorgenommen wurde, betrug gegen das Vorjahr 294 und die Zahl der an der Wahl beteiligten Personen sank um 20 204. Die RGO. hatte in 21 Betrieben eigene Listen aufgestellt, aber von 12 000 Stimmen nur 3866 erhalten, trotz ihrer dauernden Streikpatroulen und sonstigen Klagen, die gegen Gewerkschaften und deren Angehörige verbreitet wurden.

Nach der im Dezember 1931 aufgenommenen Statistik über die im Gau vorhandenen Betriebe waren 593 Betriebe mit 41915 Beschäftigten vorhanden. Das sind etwa 126 Betriebe mit rund 7341 Beschäftigten weniger als Ende 1930. Die Wirkungen der Banken-, Konzern- und Industrie-

zusammenbrüche sowie der Sturz des englischen Pfundes verschlechterten den Arbeitsmarkt ganz gewaltig. Die weiteren Notverordnungen brachten große Verschlechterungen auf sozialem Gebiet und der Versicherung der Arbeitslosen.

Es ist erklärlich, daß in einer so zerrütteten Wirtschaft die Gewerkschaften am Aufstieg behindert werden und ihre Werbekraft eingeengt wird. Das wirkt sich natürlich auf die Mitgliederzahl aus. Für den Gau 15 ergibt sich für den Schluß des Jahres 1931 eine Mitgliederzahl von 31 719 oder eine Abnahme von 12,66 Prozent.

Die Einnahme aus Beiträgen im Jahre 1931 betrug 1 404 317 Mark, also 551 396 Mk. weniger als im Vorjahre. Die Ausgaben für Unterhaltungen sind dagegen ganz erheblich gestiegen.

Im Gegensatz zu den früheren Jahren standen die Lohnverhandlungen im Zeichen des Abbaues; alle Lohnverträge wurden von den Arbeitgeberverbänden gekündigt. In der chemischen Industrie, Linoleum-, Gummi-, Seifen- und Mineralölindustrie ist es gelungen, für das ganze Jahr 1931 von März bzw. April an mit 4 bis 5 Pf. Abzug je Stunde abzuschließen. Dagegen mußte für Papier-, Ziegel-, Zement-, Kalksandstein- und Konfervenindustrie zweimal über Abbau verhandelt werden, wodurch eine Lohnsenkung bis zu 15 Pf. je Stunde eintrat. In der Seifenindustrie in Bremen wurden auch in diesem Jahre die 1929 vereinbarten Löhne weitergezahlt; ein Abzug fand dort nicht statt. In der Ziegelindustrie ist es leider zu keinem Abschluß gekommen, so daß wir dort Ende des Jahres tariflos waren. Insgesamt sind von der Gewalteilung abgeschlossen 27 Tarifverträge für 638 Betriebe mit 38 720 Beschäftigten, wovon 25 672 organisiert waren. Von der Bezirksleitung Oldenburg sind abgeschlossen drei Verträge für neun Betriebe. Von den Zahlstellen sind uns bekanntgegeben 73 Tarifabschlüsse für 130 Betriebe mit 6258 Beschäftigten. Die Lohnbewegungen und die Abschlüsse auf Grund der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sind in den angegebenen Zahlen nicht mit berücksichtigt.

Auch wenn man vor den Betriebsstilllegungen absieht, war das Beschäftigungsverhältnis in der chemischen und Gummiindustrie schlecht, so daß die Arbeitszeit in einzelnen Betrieben bis auf einen Tag in der Woche zurückging. Nicht ganz so schlimm waren die Verhältnisse in der Mineralölindustrie und in der Papierindustrie. In der Konfervenindustrie haben die Betriebe erst zur Herbstkampagne die Arbeit mit geringer Beschäftigungszahl aufgenommen. In der Speiseöl- und Margarineindustrie wurde ebenfalls stark verkürzt, z. T. nur 24 Stunden in der Woche gearbeitet. Trosslofer sah es aus in der keramischen Industrie. Die Papierindustrie arbeitete stark verkürzt, an drei bis fünf Tagen in der Woche. Der Betrieb in Istersee wurde stillgelegt.

Die 40-Stunden-Woche hat keine weiteren Fortschritte gemacht, doch wurde in den Großbetrieben der Chemie die Arbeitszeit von 56 auf 48 bzw. 42 Stunden je Woche verringert. Die Arbeitgeber verhielten sich auch in diesem Jahre ablehnend gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche.

Im Bezirk Oldenburg und Ostfriesland hatten wir im letzten Jahre geringe Fortschritte in bezug auf Mitgliederbewegung und Schaffung von Tarifverträgen zu verzeichnen. Stark zu leiden hat unsere Bewegung in diesem Bezirk durch die Wahlarbeit der NSD. und die Unterdrückung der Nazis durch die Arbeitgeber. Auch in diesem Jahre blieben Maßnahmen unserer Kollegen, die für die Organisation eintraten, nicht aus.

Verschiedene Industrien

Die Kontingentierung der Spielwareneinfuhr nach Frankreich.

„Lohnsenkung erhöht die Ausfuhr und drohelt damit die Arbeitslosigkeit.“ Das und ähnliches konnte man seit Jahren aus dem Unternehmerlager hören und lesen.

Wir sind dieser Auffassung entgegengesetzt, weil sie mittlerweile falsch geworden war. Die Zeit der europäischen Ausfuhrsteigerung ist vorbei. Diese Tatsache ist von den Verfechtern der These: „Niedriger Lohn erhöht den Export“ nicht in Rechnung gestellt worden. Deshalb mußte die Lohnsenkung eine für viele im voraus erkennbare verfehlte Spekulation sein. Nur unter dem Gesichtspunkte des Festhaltens an der klassischen Theorie des Manchesterliberalismus konnte diese verheerende Wirtschaftspolitik auf weite Kreise wirken und so den Boden vorbereiten zur gesetzlichen Lohnsenkung. Soweit vom Ausland die Quittung auf die verfehlte Lohnpolitik noch nicht ausgestellt ist, scheint sie auf dem Wege zu sein.

Wo bleibt aber die dauernde Exporterhöhung und die Senkung der Erwerbslosenzahlen? Betrachtet man zum Beispiel die Auswirkung dieser verkehrten Wirtschaftspolitik an einer bestimmten Industrie und einem Abnehmerland, das als Abnehmer solcher Industrieprodukte in Frage kommt, so kann man feststellen, daß die unter der Lohnsenkung erhöhten und billigen Angebote auf dem Weltmarkt in ihrer Entwicklung die Arbeitslosigkeit eher vergrößern müssen, als zu droffeln vermögen.

So konnte zum Beispiel die Spielwarenindustrie ihre Ausfuhr nach Frankreich von 13 142 Doppelzentner im Werte von 4 880 000 Mk. im Jahre 1930 auf 14 922 Doppelzentner im Werte von 5 091 000 Mk. im Jahre 1931 steigern. Die These „Niedriger Lohn erhöht den Export“ scheint sich in diesem Falle bewahrheitet zu haben, aber nur scheinbar und auf alle Fälle nur einmal und sehr schnell vorübergehend. Die französische Spielwarenindustrie hat diese Entwicklung beobachtet, den Kampf gegen das deutsche Spielzeug in der Öffentlichkeit aufgenommen und entsprechende Maßnahmen ergriffen. Bei den Maßnahmen, die ergriffen wurden, ist man dabei von der alten Gepflogenheit: „Erhöht die Schutzzölle!“ abgewichen und hat ein viel schwereres Geschäft aufgeföhren. Die Einfuhr wurde einfach „kontingentiert“.

Wenn man bedenkt, daß die Einfuhrzahlen von Spielwaren nach Frankreich aus Deutschland noch nicht die Hälfte der Ausfuhrzahlen der Vorkriegszeit erreicht haben und daß trotzdem Frankreich die Einfuhr kontingentiert, so kann daraus entnommen werden, daß die französische Industrie gewillt ist, die Höhe der Vorkriegseinfuhr von Spielwaren aus Deutschland nie wieder erreichen zu lassen. Die Kontingentierung der Einfuhr kann nicht anders gewertet werden. Es bestand bei der französischen Regierung die Absicht, für die Einfuhr von Kinderspielzeug aus Deutschland ein Jahreskontingent von 3000 Doppelzentner festzusetzen. Das wäre rund ein Fünftel der Ausfuhr von deutschen Spielzeug nach Frankreich gewesen. Durch Verhandlungen ist erreicht worden, daß ein Jahreskontingent von 6130 Doppelzentner festgesetzt wurde, und zwar für Frankreich und Algerien. Immer noch eine Zahl, die sich weit unter der Hälfte der Ausfuhr von Spielzeug nach Frankreich 1931 bewegt und nur rund ein Fünftel der Vorkriegszeit beträgt. Die französischen Einfuhrkontingentierungsmaßnahmen für Spielwaren erschaffen

alle Kinderspielsachen und Sportgeräte. Sie trafen in Kraft am 1. Januar 1932. Die Verordnung setzt die Jahreskontingente wie folgt fest:

| Bezeichnung der Waren: | Jahreskontingent Doppelzentner |
|--|--------------------------------|
| Spiele und Spielzeug ohne mechanischen Antrieb: | |
| a) Puppen und Babypuppen jeder Art, gewöhnliche feine | 620 |
| b) Masken | 12 |
| c, d) Spielzeug aus unedlem Metall usw. und Spielzeug aus Aluminium | 1450 |
| e) Tiere, Puppen, Figuren und andere Gegenstände, ausgepopt usw. | 820 |
| f) Spiele und Spielzeug aus Zelluloid, Kaseinkunsthorn, Bakelit und ähnlichen Stoffen | 160 |
| g, h) Wälle, Tiere, Puppen und verschiedene Gegenstände aus geformtem Kautschuk, auch verziert | 82 |
| i) Ballons, Gegenstände zum Aufblasen (bis 5) und andere Gegenstände aus dehnbaren Blättern, auch mit Ausrüstung | 75 |
| j) Spiele und Spielzeug, vorstehend nicht enthalten | 2300 |
| Spiele und Spielzeug mit mechanischem Antrieb usw.: | |
| Spiele und Spielzeug aus Metall oder anderen Stoffen und Einzelteile davon; Apparate, feste und bewegliche Projektionsapparate als Spielzeug | 1600 |
| Feine Automaten jeder Art, bewegliche Szenen für Schaufenster | 24 |

Die blutigen Phantasien der Nazis.

„Die Geschichte hat es uns gelehrt, daß im Kampf Blut fließt und Eisen gebrochen wird. Wir sind entschlossen, mit der Faust zu verteidigen, was wir predigen. Genau so wie Mussolini in Italien die Margiften ausgerottet hat, so muß es auch bei uns durch Diktatur und Terror erreicht werden.“

Dr. Franzen in einer Versammlung in Pyritz, 18. Oktober 1929.

„Wenn die Nationalsozialisten an die Macht kommen, dann wird es in Deutschland nicht genügend Laternenzöpfe geben.“

Abg. Terboven in einer Versammlung in Essen, 7. Oktober 1929, zitiert nach „Medl. Volkszeitung“ Nr. 108, vom 12. Mai 1931.

Die Eiserner Front wird dafür sorgen, daß diese blutigen Phantasien nur Phantasien bleiben.

Über die Auslieferung der Jahreskontingente bestehen besondere Bestimmungen. So darf vom 1. Januar bis 31. März 1932 nur ein Sechstel des Jahreskontingents zur Auslieferung kommen. Die kontingentierten Spielwaren für die einzelnen Lieferungsländer setzen sich für das 1. Quartal 1932 wie folgt zusammen:

| Bezeichnung der Waren: | Deutschland | and. Länder | insges. kg |
|--|-------------|-------------|------------|
| Spiele und Spielzeug ohne mechanischen Antrieb: | | | |
| a) Puppen, gewöhnliche | 9 500 | 700 | 10 200 |
| feine | 4 800 | 200 | 5 000 |
| b) Masken | 170 | 50 | 220 |
| c, d) Spielzeug aus unedlem Metall und aus Aluminium | 20 000 | 4200 | 24 200 |
| e) Ausgestopftes Spielzeug | 10 800 | 2800 | 13 600 |
| f) Spielzeug aus Zelluloid | 1 700 | 1000 | 2 700 |
| g, h) Spielzeug aus geformtem Kautschuk | 1 200 | 200 | 1 400 |
| i) Spielzeug aus dehnbaren Blättern | 850 | 400 | 1 250 |
| j) Spielzeug, vorstehend nicht enthalten | 30 000 | 8500 | 38 500 |
| Spiele und Spielzeug mit mechanischem Antrieb usw.: | | | |
| Spiele und Spielzeug aus Metall oder anderen Stoffen | 22 500 | 4200 | 26 700 |
| Feine Automaten | 350 | 75 | 425 |

Spielzeuge können nur noch nach Frankreich eingeföhrt werden, wenn sie von Ursprungszeugnissen begleitet sind. Für Deutschland stellt diese Ursprungszeugnisse die Handelskammer Nürnberg aus.

Das französische Vorgehen kann zum Schulbeispiel für andere Länder werden, die sich von der Ausfuhr solcher Industrieprodukte bedroht fühlen. Diese Gefahr besteht. Wir müssen sie deshalb im Auge behalten. Ob die Befürworter des niedrigen Lohnes zur Ankurbelung des Exportes durch das Vorgehen Frankreichs gelernt haben? Ob ihnen nunmehr klargeworden ist, daß die Wahrnehmung ihrer Auffassung „Fessel am arbeitenden Volke Deutschlands“ bedeutend?

Lohnsenkung zur Ankurbelung des Exports hat, wie wir gesehen haben, in einem Falle Kontingentierung der deutschen Ausfuhr zur Folge gehabt, in weiteren Fällen war der Erfolg Schutzzollerhöhung. Weitere Lohnsenkungen müßten weitere Kontingentierungen zur Folge haben. Die Arbeitslosigkeit wird durch eine solche Entwicklung vergrößert. Die deutsche Regierung muß deshalb Schluß machen mit Maßnahmen, die mit der Wirklichkeit im Widerspruch stehen. Sie muß aber auch darüber hinaus Maßnahmen ergreifen, die Verlorenes wiedergewinnen lassen.

Frauenfragen. Die Erziehung der jungen Kolleginnen zur Mitarbeit.

Es ist gewiß besonders schwer, die jugendliche Kollegin für die Gewerkschaft zu gewinnen. Die Ursachen hierzu sind zum größten Teil in der Erziehung der Mädchen zu suchen. Das Mädchen muß, sobald es dazu fähig ist, der Mutter im Haushalt helfen. Es muß bei Erwerbstätigkeit der Mutter sogar häufig tagsüber bei den jüngeren Geschwistern sozusagen Mutterstelle vertreten. Außerdem, so meinen die Eltern, wird das Mädchen später heiraten, und frühe Betätigung im Haushalt kann ihm ja nur dienlich sein. Die spätere Ehe beschränkt neben vielen sozialen Momenten auch die freie Berufswahl der Mädchen. Kann ein Beruf ergriffen werden, so sind es meist solche, die recht bald zum Erwerb

föhren, oder solche, die dem Mädchen auch nach der Verheiratung nützlich sein können. Oft ist es in den Arbeiterfamilien so, daß das Mädchen, weil jüngere Geschwister da sind oder weil der Bruder einen Beruf ergreifen soll, gleich nach der Schulentlassung mitverdienen muß. Alle Berufswünsche müssen begraben werden und das Mädchen geht in die Fabrik. Es rechnet vielfach auch damit, daß es nicht lange in der Fabrik zu arbeiten braucht. Seine Bedeutung im Wirtschaftsleben kennt es noch nicht. Das Mädchen weiß oft nicht, warum es so niedrigen Lohn bekommt, und auch meistens nicht, daß es seine Arbeitsbedingungen durch Anschluß an die Gewerkschaft verbessern kann. Die Reden der älteren Kolleginnen und Kollegen über Lohnforderungen oder Lohnabbau und andere Gewerkschaftsfragen versteht das junge Mädchen nur teilweise. Selten hat jemand Zeit dazu, so ein Mädchen auf seine Gedankengänge eingehend über gewerkschaftliche Fragen aufzuklären. Auch die Eltern lenken häufig das Interesse des Mädchels von solchen „politischen“ Fragen ab. Nicht selten heißt es dann: „Das ist nichts für dich, wenn du heiratest, brauchst du nicht mehr in Betriebe zu arbeiten, dann machst du deine Hausarbeit!“ — Abgesehen davon, daß das häufig nur ein Trugschluß der Eltern ist, muß ja das Mädchen auch als Hausfrau, sei es nur beim Einkauf, etwas vom Wirtschaftsleben verstehen. Bei der Ausübung des Wahlrechts muß es auch etwas von Politik verstehen, wenn es richtig wählen soll. Gerade die Septemberwahl 1930 hat wieder gezeigt, daß viele Frauen aus politischer Unkenntnis den Parteien ihre Stimme gaben, die gegen das Frauenwahlrecht und gegen die Frauenerwerbsarbeit waren und auch heute noch in aller Öffentlichkeit dagegen Sturm laufen.

Es kommt sehr viel darauf an, schon den jungen Mädchen im Betriebe klarzumachen, welche Stellung sie in Staat und Wirtschaft einnehmen und wo ihre Interessen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete gewahrt werden. Die Funktionäre im Betrieb können sich nun nicht so eingehend mit ihren jungen Kolleginnen unterhalten. Aber hier soll und muß Erziehungsarbeit geleistet werden, deshalb sollten sich unsere älteren Kolleginnen auch um die jüngeren kümmern. Die Erziehungsarbeit ist jedoch auch nicht zuletzt das Werk der gewerkschaftlichen Jugendgruppen. Dort lernt zusammen mit den jungen Kollegen das Mädchen (erst durch fröhliches Spiel und gemeinsame Wanderungen an die Jugendgruppe gewöhnt) in Arbeitsgemeinschaften und Vorträgen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkennen. Es wird zu einer guten Mitarbeiterin für den Verband erzogen. Deshalb sollten alle Kollegen und Kolleginnen mehr und eindringlicher auf unsere Jugendveranstaltungen aufmerksam machen. Das gefellige Zusammensein in den Jugendgruppen zieht sehr häufig Jugendliche in unsere Reihen, die durch die Funktionäre nicht zu gewinnen waren. Außerdem sollten einige Male im Jahre größere Werbeveranstaltungen, die von den Jugendlichen selbst ausgebaut werden, stattfinden. Zu diesen werden auch die Eltern eingeladen, damit sie der Jugendarbeit besseres Verständnis entgegenbringen. Den Funktionären und Betriebskräften verbleibt die Aufgabe, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen immer wieder auf diese besonderen Jugendzusammenkünfte aufmerksam zu machen, um so die Jugendarbeit des Verbandes nach Kräften zu fördern. Sie fragen so dazu bei, daß junge Funktionärinnen und Funktionäre ausgebildet werden, die dann — je nachdem Befähigung und Willenskraft erzielt wurde — der Gewerkschaftsbewegung sowie der Arbeiterbewegung überhaupt großen Nutzen bringen können. (Else Rehren (Hannover).)

Jugendbewegung. Gewerkschaftliche Jugendarbeit in der Krise.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit zu treiben in der Zeit einer wirtschaftlichen Krise erfordert doppelte Aktivität. Denn wir leben nicht allein im Ringen um die Jugend, um die kommende Generation. Radikale Elemente, Nazis und Kommunisten, nützen die wirtschaftliche Depression für ihre Interessen aus. Mit unerfüllbaren Versprechungen suchen sie die Jugend zu gewinnen, um den gefühlsmäßigen „Radikalismus“ der Jugend, ihre verständliche Revolutionärsromantik zu mißbrauchen. Diesen „Verbrechen an der Jugend“ stellen wir die eiserne Mauer der Gewerkschaften und der Partei (Sozialdemokratie) entgegen. Wie weiter unten angeführte Tabelle aus den letzten zwei Jahrbüchern des ADGB über die Zahl der Jungmitglieder innerhalb der freien Gewerkschaften gibt ein treffendes Bild über die starke Organisation der Jugend. Ende 1930 waren rund 270 000 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften organisiert. Tatsächlich ist aber die Zahl der Jugendlichen in den Verbänden wesentlich höher. Von allen gewerkschaftlichen Verbänden haben nur 20 Organisationen ihre jugendlichen Mitglieder angegeben. Von der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder waren 1930 5,7 Prozent jugendliche gegen 6 Prozent im Jahre 1929. Der Stand der jugendlichen Mitglieder verteilt sich folgendermaßen auf die Organisationen. Soweit von ihnen Berichte vorliegen:

| | 1929 | 1930 |
|------------------------|--------|--------|
| Baugewerksbund | 39 047 | 34 837 |
| Bekleidungsarbeiter | 3 722 | 3 221 |
| Brotbackenindustrie | 9 901 | 9 528 |
| Buchbinder | 7 584 | 6 411 |
| Buchdrucker | 16 504 | 15 633 |
| Dachdecker | 1 826 | 1 110 |
| Eisenbahner | 985 | 1 051 |
| Fabrikarbeiter | 22 228 | 21 710 |
| Gesamtwertband | 8 057 | 7 527 |
| Holzarbeiter | 26 314 | 23 283 |
| Kupferhämmer | 495 | 477 |
| Landarbeiter | 7 987 | 7 116 |
| Leinwandarbeiter | 4 133 | 3 825 |
| Metallarbeiter | 9 066 | 8 223 |
| Maler | 74 502 | 68 767 |
| Mechaniker | 290 | 355 |
| Müllarbeiter | 9 533 | 8 221 |
| Nahrungsmittelarbeiter | 2 224 | 2 759 |
| Sattler | 1 775 | 589 |
| Steinmetzen | 11 779 | 8 533 |

Die Verluste verteilen sich auf fast alle Verbände. Nur in drei Organisationen, im Eisenbahner-Verband, im Müllarbeiter-Verband und im Sattler-Verband, konnte trotz der Krise über eine Mitgliederzunahme berichtet werden.

Der leichte Rückgang des Prozentfußes der Jugendlichen erklärt sich aus der Tatsache, daß im Verlauf der Krise Jugendliche im ersten Maße aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen werden. Man schätzt heute die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen auf rund 1 000 000. Kaum ausgelehrt, werden viele Jugendliche entlassen.

Finden sie dann nicht bald wieder Arbeit, so sind sie meist für ihren Verband verloren, sinken in die Arme radikaler Parteien oder in das Heer der Indifferenten. Die Aufrechterhaltung des Bestandes der jugendlichen Mitglieder ist eine der wichtigsten Probleme der Gewerkschaftsarbeit. Da jährlich etwa ein Drittel der Jugendlichen in die Reihen der erwachsenen Mitglieder aufrückt, müssen die Trupps der Junggewerkschaftler immer von neuem aufgefüllt werden. An die Stelle der Auscheidenden treten normalerweise die neu eingestellten Lehrlinge und jungen Arbeiter. In der Krise ist aber diese Entwicklung wesentlich gehemmt und daher die Gefahr eines starken Rückganges der Junggewerkschaftler vorhanden. Deshalb sind die Ergebnisse der zahlenmäßigen Entwicklung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung am Jahresende 1930 noch immerhin günstig und um so höher zu werten. Aus dem zahlenmäßigen Rückgang kann keine Schwächung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit geschlossen werden. Im Gegenteil, die gewerkschaftliche Jugendarbeit ist in allen Verbänden organisatorisch gefestigt und gut ausgebaut. Das beweisen auch neuerdings die zahlreichen Neugründungen von Jugendgruppen innerhalb der Verbände. Auch in unserem Verband ist im letzten Jahre wieder ein gemäßigtes Stück Jugendarbeit geleistet worden. Viele neue Jugendgruppen wurden gegründet, so daß die Grundlagen, um die verlorenen Mitglieder wiederzugewinnen, vorhanden sind.

F. F. K.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Sozialdemokratischer Gesetzentwurf zur Frage der Wertsparkassen.

Infolge Zusammenbruchs großer Unternehmungen, wie Nordwolle, Borsig usw., waren die Wertsparkassen dieser Unternehmungen in Schwierigkeiten geraten. Spargelder, die in die Millionen gehen, sind verloren. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Initiativgesetzentwurf eingereicht, der die Errichtung neuer Wertsparkassen verbietet und sämtlichen bestehenden Wertsparkassen und Unternehmungen die Annahme neuer Einlagen von Arbeitern und Angestellten untersagt. Ausgenommen sollen lediglich die Einlagen leitender Angestellten sein. Um die Liquidierung der bestehenden Wertsparkassen zu beschleunigen, ohne daß die Finanzlage der Unternehmungen selbst erschwert oder gar erschüttert würde, sieht der Entwurf weiter vor, daß der Bankkommissar jeder Wertsparkasse Fristen zu stellen hat, innerhalb derer sie ihre Einlagen zu liquidieren und an die Einleger auszusahlen habe. Jedoch soll die Auszahlung im Interesse der Kapitalbildung und um Erschütterungen zu vermeiden, in der Form der Überweisung des Guthabens an Spareinrichtungen erfolgen, die von den einzelnen Einlegern selbst zu benennen sind. Daneben soll der Bankkommissar das Recht der Einsichtnahme in die Bücher der Unternehmungen erhalten, die Wertsparkassen besitzen. Für die Übergangszeit bis zur Abwicklung sollen die Wertsparkassen in Einrichtungen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit mit der Verpflichtung zur Bilanzveröffentlichung umgewandelt und ihre Geschäftsführung von Sparerauschießen überwacht werden. Die schnelle Verabschiedung dieses Gesetzes ist angesichts der weiteren Zusammenbrüche dringend notwendig. Der sozialdemokratische Vorschlag ist deshalb lebhaft zu begrüßen. Die Arbeiterbewegung hat selbst Stellen geschaffen, die die Anlage von Sparkapital gestatten. Die Konsumvereine, die Arbeiterbank und die Volkshilfsorgane verwalten fremde Gelder sicher und im Interesse der Arbeiterschaft, die ihre wenigen Spargroschen nicht mehr den Klaffengroßhändlern zur Verfügung stellen sollte.

Wirtschaftliches.

In allen Ländern steigende Arbeitslosigkeit.

Die vom Internationalen Arbeitsamt aus den verschiedenen Ländern der Welt gesammelten Zahlen über die Arbeitslosigkeit zeigen nach dem Stand von Ende November 1931 eine wesentliche Steigerung in allen Ländern im Vergleich zum Stand am gleichen Tage des Jahres 1930. Danach ist die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit wie folgt gestiegen: Dänemark 31 Prozent, Belgien 128 bis 130 Prozent (Vollzeitarbeiter und Kurzarbeiter), Großbritannien 12 Prozent, Italien 63 Prozent, Niederlande 92 Prozent, Schweiz 41 Prozent, Österreich 15 Prozent, Australien 34 Prozent, Kanada 80 Prozent, Dänemark 52 Prozent, Vereinigte Staaten 30 Prozent, Ungarn 28 Prozent, Schweden 44 Prozent, Tschechoslowakei 45 Prozent, Estland 65 Prozent, Polen 24 Prozent, Jugoslawien 52 Prozent, Finnland 44 Prozent, Frankreich 56 Prozent, Irland 2 Prozent, Lettland 125 Prozent, Norwegen 28 Prozent und Neuseeland 184 Prozent.

Die prozentual besonders hohe Steigerung in einzelnen Ländern belegt nichts über den Umfang der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern, bringt vielmehr zum Ausdruck, daß dort die Arbeitslosigkeit Ende 1930 noch ziemlich gering war.

Rundschau.

Der Vertrag mit dem Preisabbau.

Unter dieser Überschrift erschien in der Nr. 7 des „Proletariats“ eine Notiz mit einem Zitat aus dem „Hamburgischen Korrespondenten“ vom 21. Januar 1932. Daraus erhalten wir von dem durchwegs zuverlässigen und gut unterrichteten Seite folgende Zusammenfassung:

„Eine Wirtschaftskrise hat sich durch die Deutsche Industriemonopolgesellschaft mit der Behauptung gemeldet, sie habe im bewaffneten Verstoß gegen die Richtlinien des Reichskommissars für Preisüberwachung zum Preisabbau von Preisfestsetzungen das übliche Maß der Zündholzschnitzerei und der Zündhölzer verleiern. Diese Behauptung der Frau Wirtschaftskrise mit aller daraus gezogenen Schlußfolgerungen und dem Gerede über die angeblichen Schwierigkeiten der Gewerkschaften und anderer Konsumvereine entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Zunächst sind die Preise der für den allgemeinen Verbrauch im Preise kommenden Zündhölzer überhaupt nicht gesenkt worden. Es lag also für die Monopolverwaltung kein Anlaß vor, irgendeinen Anstoß zu schaffen, weder auf legalen noch viel weniger auf illegalen Wege. Die Bewusstseinsbildung der Monopolverwaltung, das an aller Zeit kommende Durcheinander verschiedener Zündholzmärkte aus der Welt zu schaffen und ein in ganz Deutschland gleichmäßig verbreitetes Normalmaß an seine Stelle zu setzen, sind schon seit Jahr und Tag im Gange.

längst bevor man an die Einsetzung eines Preisüberwachungskommissars dachte. Die Normierung erfolgte deshalb, weil sich aus dem Nebeneinander der verschiedenen Hölzer für den Handel dauernd Schwierigkeiten ergaben. Das neue Normalmaß hält genau die Mitte zwischen dem früher am meisten verbreiteten 1/4- und 1/2-Formaten; es ist — was ich besonders hervorheben möchte — in Übereinstimmung mit dem Vertreter der GGG im Aufsichtsrat der Monopolgesellschaft, Gen. Bodden in Hamburg, festgestellt worden, und die GGG. bezieht sich seiner genau so wie andere Fabriken. Da die Umstellung der Maschinen auf das neue Maß nicht unerhebliche Kosten verursacht, hat die Monopolverwaltung kein allzu rasches Tempo bei der Einführung eingeschlagen, sondern den zum Teil nicht sehr kapitalkräftigen Fabrikanten Zeit gelassen. Daher kommt es, daß doch noch ein Teil der Ware im alten Format hergestellt wird. Wahrscheinlich wird indessen dieser Schönheitsfehler in allernächster Zeit verschwinden.

Weil manche Gastwirte in der Tat ihre alten Zündholzstände für das neue Format nicht benutzen konnten, hat ihnen die Monopolverwaltung die Umstellung erleichtert und entweder passende Hölzer geliefert oder das Abschleifen der Porzellanstände auf ihre Kosten besorgen lassen. Es ist somit auch da alles geschehen, was geschehen konnte, um Härten zu vermeiden und die Konsumenten vor unnötigen Kosten zu bewahren.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Blankenberg (Saale). Trotz der Kündgebung für die Eisenerzfront am Sonntag, dem 14. Februar, in den bayerischen Orten, wohin 70 Kollegen von uns geeilt waren, war unsere Generalversammlung am 14. Februar gut besucht. Kollege Schöberlein wies im Geschäftsbericht auf die innen- und außenpolitischen Erschütterungen und die schweren Störungen des Wirtschaftslebens hin. Unter ungeheuren Schwierigkeiten hatten die Gewerkschaften ihre Aufgaben zu erfüllen, und sie haben sie erfüllt. Mit aller Kraft wurde den Lohnabbauwünschen der Unternehmer entgegengetreten. Die Forderungen der Unternehmer wurden weit zurückgegraben, und unsere Mitglieder haben erkannt, daß ohne den Fabrikarbeiterverband und ohne die Gewerkschaften die Arbeiterklasse alles hinnehmen müßte, was ihr von den Unternehmern diktiert werde. Im Bericht werden die Verhandlungen in allen Industrien geschildert und gezeigt, daß mit Ausnahme der Schiefertafelindustrie alle Lohnverträge gehalten werden konnten. Die Unternehmer wollten bekanntlich tariflose Zustände schaffen. Nach dem Kassenbericht betragen Einnahme und Ausgabe 54 000,94 Mark in der Hauptkasse und 25 214,23 Mark in der Lokalkasse. An Unterstützungen aller Art wurden rund 33 000 Mark ausgezahlt. Damit konnte manche Not gelindert werden. 55 059 Beitragsmarken wurden verkauft. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 1161,08 Mark. Sämtliche bisherigen Vorstands- und Revisionsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Als Vertreter der Jugendgruppe wurde Kollege Alfred Weigl neu hinzugewählt. Der erste Bevollmächtigte, Kollege Gemeinhardt, hat alle Gewählten und auch die anderen Funktionäre, in der Werbearbeit aktiver zu sein als bisher. Dann nahm Gauleiter Kollege Schneider das Wort zu seinem Vortrag über: „Lohnabbau im Zeichen der Notverordnung und die Gewerkschaften“. Er schilderte im besonderen die letzten Verhandlungen in der Papierindustrie über Lohnabbau nach der letzten Notverordnung. Die Ausführungen vom Kollegen Schneider brachten für manchen Klarheit in den wichtigen gewerkschaftlichen Fragen der Gegenwart.

Bunzlau. Jubiläum der Zahlstelle. Am 13. Januar 1907 fanden sich einige klassenbewußte Arbeiter zusammen und gründeten die Zahlstelle Bunzlau des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Mit einer schlichten, aber desto eindrucksvolleren Feier beging die Zahlstelle am 6. Februar 1932 ihr 25jähriges Bestehen. 25 Jahre sind, allgemeingehörtlich gesehen, eine verhältnismäßig kurze Zeit. Für die gewerkschaftliche Organisation des Bezirks Bunzlau bedeuten sie indessen alles. Der Erfolg lag nicht nur im organisatorischen, sondern auch im praktischen Wirken für die Interessen der Mitglieder. Der heute noch rüstige Kollege A. Kalketta sah diese Entwicklung von Anfang an. Er gehörte neben F. Breckschneider, F. Ehrentraut und S. Fischer dem ersten Vorstand der Ortsgruppe an. Trotz aller Schwierigkeiten wuchs die Organisation von Jahr zu Jahr und mit ihr der Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftsbedingungen ihrer Mitglieder. Heute zählt die Ortsgruppe fast 3000 Mitglieder; sie verfügt über einen großen, wohlgeschulten Funktionärskörper. Dieser Aufstieg war nur möglich durch freudige, hingebende Arbeit, durch nie verlagenden Idealismus und Opfergeist. 40 Mitglieder, die nun 25 Jahre und länger diesem Kampfe ihre Kräfte widmen, wurden bei der Jubiläumfeier besonders geehrt. Viele, die gleich ihnen tüchtig und tätig waren, deckt bereits der kahle Kasten; aber die Erinnerung an sie ist lebendig. Von Willi Wolke, dem 1927 auf einer Dienstreise einem Schlag erlegenen tüchtigen Geschäftsführer, spricht die ganze Kollegenchaft jetzt noch mit größter Verehrung. Der Aufstieg der Zahlstelle zeigt sich in den Mitgliederzahlen. Am Schluß des Gründungsjahres gehörten 79 männliche und 5 weibliche Mitglieder zum Verband. Im Jahre 1910 waren es 186 männliche und 21 weibliche Mitglieder. Nach dem Kriege ging es weiter aufwärts; mit der Verschmelzung 1926 kamen auch noch 300 Glasarbeiter hinzu. Im Jahre 1929 waren 3100 Arbeiter und Arbeiterinnen aus 29 Betrieben in der Zahlstelle Bunzlau vereint. Im Jahre 1930 feste schon die Krise ein, die sich 1931 verschlimmerte. 11 Betriebe legten still. Gegenwärtig arbeiten in 8 Betrieben noch 560 Personen, die anderen sind arbeitslos. Aber gerade in so schwerer Zeit zeigt sich der soziale Wert der Organisation. Im Jahre 1931 wurden 75 000 Mk. an Unterstützungen ausgezahlt, dazu noch 3200 Mk. aus lokalen Mitteln für Notfälle. Das pa. Leistungen, die nur durch die gewerkschaftliche Solidarität möglich waren und die den Geist zeigen, der unsere Organisation besetzt. Welches Ansehen die Zahlstelle Bunzlau genießt, wie groß die Achtung ist, die ihr und ihrer Arbeit gezollt wird, ging aus den Reden hervor, die bei der Feier gehalten wurden. Kollege Max Elzner sprach für den Hauptvorstand und die Leitung des keramischen Bundes, Kollege Thiemer für die Gesamtleitung Breslau; von der Gesamtleitung Weißwasser war Kollege Wahnmann erschienen. Kollege Hartmann überbrachte die Glückwünsche des Ortsausschusses des DGB. Dem Kollegen Max Schwarz, der für die 40 Jubilare der Ortsgruppe sprach, fiel die schöne Aufgabe zu, für die festliche Gestaltung des Erinnerungstages zu danken und zum entscheidenden Kampfe der Jungen nach dem Vorbild der Alten aufzufordern. Von den Versammelten wurden gerade die Worte dieses erganzten Kollegen mit ungeheurer Beifall aufgenommen, einen Beifall, in dem sich der unerschütterliche Wille zeigte, auch in den neuen, schweren und entscheidenden Kämpfen alle Kräfte dem Interesse der Arbeiterchaft zu weihen.

Bonn. Weit zahlreicher als bei sonstigen Versammlungen war diesmal die Mitgliederanteilmahme zur Jahreshauptversammlung. Einleitend gab Kollege Schmitz einen kurzen Überblick über die Auswirkungen der Notverordnungen, worauf Kollege Wagner als Geschäftsführer den Jahresbericht mit eingehenden Erläuterungen der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge des vergangenen Jahres erstattete. Seine klaren Darlegungen der verschiedenen Situationen beschloß er mit einer besonderen Beschreibung der gesamten Verbandsstätigkeit. Allein 6 578 592,96 Mark wurden an Arbeitslosenunterstützung durch den Fabrikarbeiterverband neben gewaltigen Summen für Kranken- und Invalidenunterstützung und dergleichen zur Auszahlung gebracht. Das alles war nur durch die Solidarität der Mitglieder möglich, die dem gemeinsamen Interesse große Opfer gebracht haben. Im ganzen hat der Verband 11 724 898,61 Mk. an Unterstützungen aller Art gewährt. Bittere Not ist mit diesen Beträgen gelindert worden. Selbstverständlich ist auch die argebe-

Wirtschaftskrise nicht an der Zahlstelle vorübergegangen. In allen Industrien im Arbeitsgebiet der Zahlstelle gingen die Arbeiterzahlen in geradezu erschreckender Weise zurück. Die Krise hat Ausmaße angenommen, wie man sie nie für möglich gehalten hätte. Wegen der großen Erwerbslosigkeit ist die Verwaltschaftstätigkeit ziemlich stark in Anspruch genommen worden. Es wurden vertreten vor dem Amtsgericht 18, vor dem Arbeitsgericht 42, vor dem Mietschöffengericht 5, vor dem Schlichtungsausschuß 4, vor dem Gauschiedsamt 4, vor den Behörden 23, vor dem Oberversicherungsamt 1 und in Konferenzen 5 Sachen. Darüber hinaus hielt man 169 Sitzungen und Versammlungen, 196 Besprechungen in Betrieben, 34 Lohnverhandlungen, 29 Verhandlungen in Betrieben, 28 Stilllegungsverhandlungen, 17 Film- und Lichtbildvorträge und 32 Spruchausführungen mit ab. Große Aufmerksamkeit brachte man der Jugendbewegung entgegen. Viel Unheil haben die Gewerkschaften während der gewaltigen Krise von der Arbeiterchaft abgewandt. Noch größere Gefahren gilt es für die Zukunft abzuwehren, um der kapitalistischen Verfallung zu trotzen. Die Arbeiterchaft braucht die gewerkschaftlichen Organisationen heute notwendiger als je, erst recht, sobald das Wirtschaftsbarmometer wieder aufwärts steigt. Zahlstellenvorsitzender Kollege Engels sprach über die Eisenerzfront. Hierbei zeigte sich, daß die meisten Kollegen auf eine solche schlagfertige Organisation schon lange gewartet haben. Sie bekundeten ihre Sympathie und ihr Pflichtgefühl zur Verteidigung ihrer gewerkschaftlichen Einrichtungen, darüber hinaus ihre Opferbereitschaft für den Gemeinwohlgedanken, die sozialistische Idee. So bot die Jahreshauptversammlung ein Bild bester Solidarität, von dem man wünschen möchte, daß dieser Geist bald in allen Kreisen der Arbeiterchaft Platz greifen möchte.

Emden (Ostfriesland). Am 7. Februar 1932 fand die Generalversammlung der jungen Zahlstelle statt. Kollege Groppe gab den Geschäftsbericht und schilderte die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die auch im Zahlstellengebiet Emden recht sichtbar waren. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder steht in Arbeit. Die verheerende Krise macht es den Unternehmern leicht, durch Maßregelungen von Funktionären usw. den Kampf gegen den Aufbau der im Jahre 1930 gegründeten Zahlstelle zu führen. Der Mitgliederbestand konnte während der Kampagne in der Ziegelindustrie um 50 Mitglieder gesteigert werden, wovon allerdings bei Beendigung der Kampagne ein Teil wieder infolge Abreise in die Heimat verlor. Gegenüber dem Schluß des Vorjahres war immerhin eine Mitgliederzunahme vorhanden. Bis zur Gründung der Zahlstelle bestanden keine Tarifverträge und erst im Jahre 1931 wurde trotz aller Schwierigkeiten für drei Ziegeleibetriebe ein Tarifvertrag geschlossen, der für die Kampagne 1931 den alten Lohn vom Jahre 1930 vorsch. Auf der Brieffabrik besteht zur Zeit noch ein schlechtes Organisationsverhältnis. Die Leitung unterstufte die Zahlstelle mit einem Agitationszuzusch. Den Kassenbericht erstattete Kollege Kienast. Er zeigte an Hand von Zahlen, daß trotz der kurzen Mitgliedszeit 221,25 Mk. an Erwerbslosenunterstützung, 19,10 Mk. an Notlage- und 405 Mk. an Gemahrgeldunterstützung ausgezahlt sind. Alle Diskussionsrechner sprachen sich dahin aus, daß die Zahlstelle Emden allen Begnern zum Trotz auch während der schweren Krise ausgebaut werden mußte. Bezirksleiter Ackermann führte unter anderem an, daß die Maßnahmen der Unternehmer allen Arbeitern von Stadt und Land Emden zeigten, wie sehr die Errichtung einer starken Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes vom Unternehmertum gefördert wird, und es sei Aufgabe aller Mitglieder, dafür zu sorgen, daß die in der schwersten Krisenzeit gegründete Zahlstelle ein Bollwerk wird, an dem alle gegnerischen Maßnahmen zerbrechen. Kollege Bänkemeier sprach über die Erfolge und die Kämpfe in anderen Zahlstellen, und forderte die Mitglieder der Zahlstelle Emden auf, Schulter an Schulter mit den anderen Verbandsmitgliedern für bessere Verhältnisse in Oldenburg-Ostfriesland zu kämpfen. Die bisherigen Ortsverwaltungsmitglieder wurden wiedergewählt. Ferner sprach Bezirksleiter Ackermann über die nächsten Aufgaben im Tarifwesen, und Kollege Bänkemeier hielt einen Vortrag über „Gewerkschaften in Krisenzeiten“.

Wilhelm Groppe.

Wittenberg. Am 14. Februar hielt die Zahlstelle ihre Jahreshauptversammlung ab. Der vorliegende Jahresbericht wurde von den Geschäftsführern ergänzt. Weil in der Zahlstelle das Delegiertenystem herrscht, wurden aus Billigkeitsgründen auch den arbeitslosen Kollegen Sitz und Stimme in der Generalversammlung eingeräumt. Die vielen Betriebsstilllegungen hatten einen Mitgliederrückgang zur Folge. Die Kassenverhältnisse sind in Anbetracht der Wirtschaftskrise befriedigend, wenngleich auch infolge der verminderten Beitragsentnahmen Ausfälle entstanden und Geldeinverweilungen an die notwendigen Zahlstellen und auch die Weihnachtunterstützung an die ausgesetzten Mitglieder große Ausgaben nötig machten. Die alte Ortsverwaltung wurde gegen drei Stimmen wiedergewählt. Ferner brachte der Kollege Bode eine Entschlieung zu der infolge des japanischen Überfalles auf China drohenden Kriegsgefahr ein, die einstimmige Annahme fand. Nachdem der Kassierer noch die Beitragsregelung besprochen hatte, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Schlußwort durch den Vorsitzenden geschlossen.

Karlruhe. Am 14. Februar fand unsere Generalversammlung statt, die von den Delegierten des ganzen Bezirks zahlreich besucht war. In ihren Geschäftsberichten wiesen die beiden Geschäftsführer Karl und Philipp auf die schwere wirtschaftliche Notlage der Fabrikarbeiter hin, die im Bezirk Karlsruhe besonders drückend ist. Einen breiten Raum in den Ausführungen des Kollegen Philipp nahmen die Schilderungen über die Wirtschaftslage im Jahre 1931 ein. Er besprach die Weltwirtschaftskrise mit ihren Wirkungen in Deutschland und im Bezirk Karlsruhe in besonderen. Dabei wurde die Schuld und die Moral der deutschen Wirtschaftsführer scharf gekennzeichnet. Diefelben Leute aber, die die Wirtschaft in Deutschland an den Rand des Ruins gebracht haben, kennen keinen anderen Ausweg aus der Krise als Lohnabbau, der uns aber immer weiter ins Elend führen muß, denn die Lohnsenkung verbessert nicht die deutsche Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewerkschaften lehnen daher auch alle Verantwortung für die Folgen dieser wahnfinnigen Politik ab und betonen, daß nur die Steigerung der Kaufkraft das Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik sein kann. Im Kassenbericht konnte Kollege Karl auf die großen Summen verweisen, die den Mitgliedern in Form von Unterstützungen aller Art wieder zugeflossen sind. An Arbeitslose, Kranke und Invaliden wurden rund 25 000 Mark im Bezirk zur Auszahlung gebracht. Dabei werden die Summen, wie jetzt schon zu übersehen ist, in diesem Jahre noch höher sein als im Jahre 1931. An der Aussprache beteiligte sich eine ganze Anzahl der Delegierten, die mit der Arbeit der Verwaltschaft restlos einverstanden waren. Das werterliche Treiben der Nazis und der NSD. in den Betrieben wurde von den Delegierten gebührend gekennzeichnet. Unsere Abwehr müsse zum Ziel haben, die gesamte Arbeiterchaft der einzelnen Betriebe dem Verbands der Fabrikarbeiter zuzuführen. Die bisherige Verwaltung wurde einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Im weiteren Verlauf der Generalversammlung wurde Stellung zu unserer Beteiligung an der Eisenerzfront genommen und die Notwendigkeit unserer Mitarbeit zur Abwehr des Terroris von links und rechts unterstrichen.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Steffin: Franz Brunk, Mitgl.-Nr. S II 840 651; Mainz: Michael Lachner, Mitgl.-Nr. 675 376.

Chemische Industrie

Rückfall in der Kunstseideindustrie.

Der Absatz in der Kunstseideindustrie steigt trotz allseitiger Klagen über schlechten Geschäftsgang und Unrentabilität der Kunstseidefabriken fortgesetzt. Die Aka-Glanzstoff-Gruppe, der die Deutschen Glanzstoffwerke und die holländischen Enka-Werke angehören, läßt verlauten, daß dieses Jahr nicht mit einer Dividenden ausschüttung zu rechnen ist. Die Aka-Glanzstoff-Gruppe ist keine abgeschlossene Industriegesellschaft, sie ist vielmehr mit anderen Kunstseidegesellschaften verflochten, so zum Beispiel über die Deutsche Glanzstoff-W.G. mit der englischen Courtauld-Gesellschaft. Die Geschäftsgebarung ist also nicht ohne weiteres übersichtlich.

Die Aka berichtet aber, daß die mengenmäßige Entwicklung des Absatzes im Konzern im Geschäftsjahr 1931 nicht unbefriedigend war, da eine leichte Umsatzerhöhung erzielt werden konnte. Was die Gestaltung der Preise betrifft, so waren die Exportpreise, namentlich in Frankreich und in Italien, nicht günstig, während am heimischen Markt durch die Gründung des Kunstseidesyndikats eine Stabilität des Preisniveaus herbeigeführt werden konnte.

Der Umsatz hat sich also gehoben, die Preise am heimischen Markt konnten gehalten werden, und nur die Exportpreise haben teilweise nachgelassen. Die Feststellung dieser Tatsachen läßt nicht erkennen, daß die Gesellschaft dividendenlos bleiben muß. Es handelt sich bei dieser Gruppe ebenfalls um gewaltige Fehlinvestitionen. So hat die Deutsche Glanzstoff-Gruppe einen Großbetrieb in Siegburg errichtet. Das war ein Millionenprojekt. Aber die Anlage wurde nach Fertigstellung nicht in Betrieb genommen, liegt also still.

Daß es der Kunstseideindustrie an Zukunftshoffnungen nicht fehlt, beweist auch der Umstand, daß die Glanzstoff-W.G. Elberfeld nach Zeitungsberichten mit der Courtauld-Gesellschaft gemeinschaftlich einen neuen Kunstseidebetrieb in England errichtet, in dem 4000 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Wenn das zutrifft, kann man mit Recht von einer Kapitalflucht ins Ausland reden, denn ebensogut wie die Glanzstoff-W.G. sich Absatzmöglichkeiten aus dem Gemeinschaftsbetrieb in England verspricht, könnte sie die Fabrik in Siegburg in Betrieb nehmen und von hier aus die Aufträge erledigen.

G. Haupt.

Papier-Industrie

Die Wirtschaftslage in der deutschen Tapetenfabrikation.

Nach unseren Ermittlungen lagen von den 54 vorhandenen Tapetenfabriken rund 20 Prozent im Jahre 1931 still. Von den 44 in Betrieb befindlichen Fabriken arbeiteten nur 24 die Woche 48 resp. 47 1/2 Stunden. Nur fünf Betriebe hatten eine Arbeitszeit von über 48 Stunden, und in 15 Betrieben schwankte die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 16 und 40 Stunden.

Der Wert der Produktion im Jahre 1931.

Schätzungsweise betrug der Wert der deutschen Tapetenproduktion im Jahre 1931 rund 31 Millionen Mark. Davon entfielen auf das Inlandsgeschäft 19 Millionen und auf das Auslandsgeschäft rund 12 Millionen Mark.

Absatzverteilung im Jahre 1931.

Die Produktion von 1931 verteilt sich schätzungsweise folgendermaßen:

- 20 Prozent der Produktion fanden Verwendung auf Neubauten,
- 40 Prozent der Produktion fanden Verwendung in Altwohnungen und
- 40 Prozent der Produktion wurden nach dem Auslande ausgeführt.

Die mengen- und wertmäßige Ausfuhr.

Nach Beendigung des Weltkrieges war die deutsche Tapetenexportur recht erheblich zurückgegangen. Erst 1927 war es gelungen, die alten Absatzgebiete wieder zurückzuerobern. Die folgende Zusammenstellung gibt darüber Auskunft:

| Jahr | Ausfuhr in Doppelzentner | Ausfuhrwert in Reichsmark: Gesamtausfuhr | je Doppelzentner |
|------|--------------------------|--|------------------|
| 1910 | 139 003 | 10 182 000 | 73,25 |
| 1911 | 130 587 | 9 582 000 | 73,37 |
| 1912 | 126 531 | 9 484 000 | 74,96 |
| 1913 | 119 718 | 9 161 000 | 76,52 |
| 1924 | 86 535 | 9 931 000 | 114,76 |
| 1925 | 82 324 | 9 292 000 | 112,87 |
| 1926 | 87 804 | 10 063 000 | 114,60 |
| 1927 | 103 190 | 10 736 000 | 104,04 |
| 1928 | 122 828 | 13 580 000 | 110,56 |
| 1929 | 124 425 | 14 066 000 | 113,04 |
| 1930 | 137 165 | 14 566 000 | 106,19 |
| 1931 | 118 784 | 11 864 000 | 99,87 |

Während in den Nachkriegsjahren ein langsames Ansteigen der mengenmäßigen Ausfuhr sich bemerkbar machte, die Preise je Doppelzentner dagegen bedeutend in die Höhe gingen, zeigt das Krisenjahr 1931 einen Rückgang der wert- und mengenmäßigen Ausfuhr.

Aufhebung der Preisbindungen.

Auf Grund der Kartellverordnung wurden mit Wirksamkeit vom 28. Oktober 1930 die Preisbindungen in der Tapetenwirtschaft aufgehoben. Diese Maßnahme erwies sich als ein Fehlschlag. Die erwartete Wirkung, ein Herabsinken der Handelsaufschläge auf die Fabrikpreise und ein Zurückgehen der Rabatthöhe, wurde nicht erzielt. Das Gegenteil trat ein; Handelsspannen und Rabatte stiegen weiter. Die Aufschläge auf die Fabrikpreise stiegen bis auf 200 und teilweise auf 300 Prozent. Eine Steigerung der Rabattläge

an Agenten, Malermeister und Tapezierer trat bis zu 40 und 50 Prozent ein.

Neue Preisbindung.

Aus dieser Entwicklung hat nun der Preiskommissar die einzig möglichen Konsequenzen gezogen und der Reichsregierung erneut die Bindung der Preise in Vorschlag gebracht. Die Reichsregierung ist diesem Vorschlag durch Verordnung vom 1. Februar 1932 beigetreten. Danach darf der Aufschlag auf die Fabriklistenpreise nur folgende Höhe erreichen:

| bei einem Parteeinkaufspreis je Rolle | Aufschlag |
|---------------------------------------|-----------|
| bis 0,15 Mk. | 40 v. H. |
| von 0,16 bis 0,17 Mk. | 55 v. H. |
| von 0,18 bis 0,19 Mk. | 60 v. H. |
| von 0,20 bis 0,23 Mk. | 75 v. H. |
| von 0,24 bis 0,26 Mk. | 85 v. H. |
| von 0,27 bis 0,28 Mk. | 100 v. H. |
| von 0,29 bis 0,30 Mk. | 110 v. H. |
| von 0,31 bis 0,39 Mk. | 115 v. H. |
| von 0,40 bis 0,50 Mk. | 130 v. H. |
| über 0,50 Mk. | 150 v. H. |

Die Tapetenhändler müssen die Kleinhandelsverkaufspreise in Musterbüchern oder Einzelblättern zur Kontrolle der Käufer bekanntgeben. Engros-Nettopreise dürfen nur bei Bestellungen von mindestens 300 Rollen und bei Lagerhaltung des Händlers gewährt werden. Rabatte auf diese Preise sind bis zu 20 v. H. nur zulässig bei Lieferung an Behörden und im Baugeschäft. Agenten dürfen für den Verkauf der Tapeten nach Musterkarte nur einen Rabatt von 20 v. H. und Makler für ihre Vermittlerrolle beim Verkaufsgeschäft nur noch 10 v. H. erhalten. Alle Sondervergütungen mit Ausnahme des Skontonachlasses bei Barzahlung gelten als Rabatte.

Vorübergehende Produktionsbelegung.

Durch die vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 war eine außerordentliche Kündigung von Mietverträgen zulässig. Der dadurch gegebene Wechsel von Mieträumen brachte erhöhte Reparaturaufwendungen und Renovierung mit sich, wodurch Produktion und Absatz der Tapetenindustrie eine vorübergehende Belegung erfuhr.

Lohnabbau.

Trotzdem nach den Ermittlungen des Kartellpreisausschusses im Reichswirtschaftsrat und nach den Bekundungen der Arbeitgebervertreter, die als Sachverständige vor diesem Ausschuss erschienen waren, der Lohnanteil an den Produktionskosten nur zwischen 5 und 10 Prozent beträgt, wurden im Jahre 1931 die Tapetenarbeiterlöhne um durchschnittlich 20 Prozent abgebaut, wovon 15 Prozent auf den Zwangslohnabbau auf Grund der vierten Notverordnung entfallen.

Vergleicht man damit den vom Preiskommissar seit 1930 mit der Aufhebung der Preisbindungen eingetretenen Wucher des Zwischenhandels durch Erhöhung der Handelspanne und nicht zuletzt auch unter Mitwirkung der Fabrikanten durch Erhöhung der Rabatte, so ergibt sich daraus mit aller Deutlichkeit, daß der erzwungene Lohnabbau volkswirtschaftlich betrachtet nur als grober Unfug bezeichnet werden kann, da eine Preisermäßigung für den Käufer nicht eintrat und selbst bei einer angenommenen Notlage der Fabriken ein Ausgleich in der Handelspanne hätte gefunden werden können.

G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Die deutsche Margarineindustrie im Jahre 1931.

Die Margarineindustrie ist bei der Rohstoffversorgung immer mehr auf die Blindindustrie angewiesen, da der Verbrauch tierischer Fette zur Margarineherzeugung immer weiter zurückgeht. Dagegen nimmt der Verbrauch von Tranfett für die Margarineherstellung immer größeren Umfang an. Der dauernde Rückgang des Verbrauches von tierischem Fett führte dahin, daß die deutschen Talgschmelzen von der Regierung ein Einfuhrverbot für tierische Fette zur Margarineherzeugung forderten. Die Margarineindustrie hat sich mit den Talgschmelzen verständigt; sie nimmt die im Inland anfallenden brauchbaren Mengen tierischer Fette ab.

Die Preise für die Rohstoffe zur Margarineherstellung sind im letzten Jahre erheblich gesunken. Für inländische Preisnotierungen liegen uns Angaben nicht vor. Die Preisbewegung im Inlande richtet sich aber nach den Notierungen der ausschlaggebenden ausländischen Märkte. Mit ausschlaggebend für die Preisbildung für Margarinerohstoffe sind die Preisnotierungen in Rotterdam. Folgende Zusammenstellung zeigt, wie die Notierungen hier in den letzten Jahren gewesen sind:

Ausländische Notierungen in Gulden je 100 Kilogramm einschl. Fab. cit Rotterdam.

| Warengattung | Durchschnittspreise in Gulden im Jahre | | | | |
|---------------------------|--|-------|-------|-------|-------|
| | 1925 | 1927 | 1929 | 1930 | 1931 |
| Oleomargarin extra . . . | 85,25 | 83,25 | 67,43 | 63,70 | 40,71 |
| Neutrallard | 113,44 | 86,51 | 80,18 | 73,27 | 56,17 |
| Premier jus | 66,16 | 50,94 | 55,35 | 48,08 | 28,72 |
| Raff. Kokosfett | 61,74 | 56,71 | 50,19 | 43,28 | 29,72 |
| „ Erdnußöl | 66,12 | 59,33 | 51,18 | 44,08 | 33,09 |
| „ Sesamöl | 67,11 | 67,55 | 55,29 | 44,05 | 39,08 |
| „ Sojabl. | 59,38 | 49,86 | 48,39 | 42,11 | 27,51 |
| „ Hartfett | 62,04 | 50,74 | 49,48 | 43,89 | 34,56 |
| Schmalz (Pure Lard) . . . | 103,34 | 77,82 | 72,22 | 66,20 | 50,82 |

Nach dieser Gegenüberstellung sind die Rohstoffpreise für Margarine cit Rotterdam in der Zeit von 1925 bis 1931 um 41,8 bis 56,6 Prozent gesunken. Da sich die Inlandspreise diesen Auslandsnotierungen anpassen, dürfte im Inlande dieselbe Preis senkung zu verzeichnen sein. Es gibt nicht allzuviel Industriezweige, bei denen die Rohstoffe in den letzten Jahren derartig im Preise zurückgegangen sind. Allerdings

werden Oleomargarin, Neutrallard und Premier jus heute nicht mehr viel zur Margarineherstellung verwandt. Aber auch die pflanzlichen Öle und das Hartfett sind sehr stark im Preise zurückgegangen. Besonders stark war der Preisrückgang im Jahre 1931. Stellt man Notierungen zu Anfang 1931 und am Ende desselben Jahres einander gegenüber, dann ergibt sich folgendes: Es wurde raffiniertes Kokosfett Anfang des Jahres 1931 mit 35,25 Gulden notiert, gegen Ende des Jahres 1931 mit 24,88 Gulden. Raffiniertes Erdnußöl notierte Anfang des Jahres mit 34 Gulden, Ende des Jahres mit 27 Gulden. Raffiniertes Sojabl wurde Anfang des Jahres mit 31 Gulden und Ende des Jahres mit 23,50 Gulden und Hartfett zu Beginn des Jahres mit 38,66 Gulden und zu Ende des Jahres mit 29,83 Gulden notiert. Die Preis senkung für Margarinerohstoffe war also im Jahre 1931 sehr stark.

Die Preise für Margarine sind im Laufe des Jahres 1931 etwas herabgesetzt. Die Herabsetzung betrug bei den Spitzenmarken durchschnittlich 20 Prozent, bei den mittleren Marken 10—17 Prozent. Bei den billigen Marken fehlt jeder Vergleich, da hier dauernd neue Marken auf den Markt kommen. Eine erhebliche Preis senkung ist hierbei aber nicht eingetreten. Auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 trat für die geschützten Marken Anfang 1932 nochmals eine Preis senkung ein. Einschließlich der letzten bleibt aber die gesamte Preis senkung für Margarine weit hinter der Senkung der Rohstoffpreise zurück, zumal die Preise für die billigen Margarineformen nicht erheblich gesenkt worden sind. Die billigen Sorten werden aber gegenwärtig am meisten gekauft, da die Kaufkraft infolge der starken Lohnsenkung bei weiten Schichten der Bevölkerung selbst dafür nicht mehr ausreicht, eine gute Margarine zu kaufen.

Genaue Zahlen über die Produktion liegen für die Margarineindustrie nicht vor. Man rechnet in den letzten Jahren mit einer Margarineherzeugung von rund 480 000 Tonnen je Jahr. Ein erheblicher Produktionsrückgang ist kaum eingetreten. Erfahrungsgemäß steigt der Margarinekonsum immer dann, wenn die Kaufkraft sinkt. Es findet dann eine gewisse Abwanderung vom Butter- zum Margarineverbrauch statt. Die Margarinefabrikanten klagen allerdings über mangelnden Absatz. Das dürfte aber darauf zurückzuführen sein, daß auch in diesem Industriezweig der Produktionsapparat in den letzten Jahren derartig ausgebaut ist, daß eine volle Beschäftigung der Betriebsanlagen unmöglich ist.

Die technische Umstellung in den Betrieben hat auch im letzten Jahre weitere Fortschritte gemacht. Namentlich die Konzernbetriebe haben wieder erhebliche technische Verbesserungen durchgeführt. Die menschliche Arbeitskraft wird immer mehr durch die Maschine ersetzt. Um die einzelnen Betriebe besser auszunutzen zu können, wurden durch die Umleider 1931 wieder zwei Margarinefabriken stillgelegt. In den übrigen Betrieben der Umleider wurde die Anzahl der Beschäftigten erheblich reduziert. Die Anzahl der Beschäftigten in der gesamten Margarineindustrie ist im letzten Jahre wieder erheblich zurückgegangen. Dazu wurde in den meisten Großbetrieben, namentlich in den Konzernbetrieben, fast das ganze Jahr hindurch verkürzt gearbeitet. Für eine Anzahl Betriebe ist die 40-Stunden-Woche festgelegt. An einem bestimmten Stichtage arbeiteten 54 Prozent der deutschen Margarinearbeiter verkürzt. Wäre die Kurzarbeit nicht in so großem Umfange durchgeführt worden, dann wäre die Zahl der entlassenen Arbeitskräfte noch viel größer gewesen. Durch die eingeführte Kurzarbeit konnten Entlassungen in größerem Umfange verhindert werden.

Die Margarineindustrie hat also im Jahre 1931 wirtschaftlich gut abgeschnitten. Die Preise für Rohstoffe sind stark gesunken; die Preise für das Fertigfabrikat sind nicht entsprechend herabgesetzt worden. Durch die technische Umstellung in den Betrieben und durch die Kurzarbeit ist weiter eine bedeutende Verbilligung der Produktion eingetreten, da in der verkürzten Arbeitszeit z. T. mit verringerten Arbeitskräften das gleiche geleistet wurde wie früher bei der vollen Arbeitswoche.

Trotz dieser günstigen Situation forderte auch die Margarineindustrie im Jahre 1931 einen Lohnabbau von 10 Prozent. Die Margarinearbeiter mußten trotz dauernder Kurzarbeit noch eine Lohnsenkung von 4,5 Prozent in Kauf nehmen. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 trat mit dem 1. Januar 1932 eine weitere Lohnsenkung von 10 Prozent ein. Durch Verordnung hat die Regierung schematisch einen Lohnabbau durchgeführt. Sie hat nicht danach gefragt, ob dieser Lohnabbau für die einzelnen Industrien erforderlich war. Sie hat nicht danach gefragt, ob durch einen Lohnabbau auch eine Preis senkung eintreten wird; der Lohnanteil beträgt in der Margarineindustrie 2 1/2 bis 3 Prozent. Eine Lohnsenkung von 10 Prozent kann sich deshalb im Preise gar nicht auswirken. All diese Gründe sind nicht geprüft worden. Hätte man sie geprüft, dann wäre man zu dem Ergebnis gekommen, daß die Margarineindustrie einen Lohnabbau nicht braucht.

Die Margarinearbeiter und -arbeiterinnen haben das ganze Jahr hindurch schon große Opfer gebracht durch Kurzarbeit. Sie wissen, daß trotz der verkürzten Arbeitszeit rentabel gearbeitet wird. Sie wissen, daß die Margarinefabrikanten trotz der Wirtschaftskrise verdienen. Um so unverständlicher ist es ihnen, wenn ihnen auf dem Wege der Verordnung weitere Opfer diktiert werden, ohne zu prüfen, ob diese weiteren Opfer die gewünschte Wirkung haben können. An unseren Kolleginnen und Kollegen in der Margarineindustrie wird es liegen, dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Organisation zugeführt werden, damit wir durch zähes gewerkschaftliches Ringen uns das wiederholen können, was uns durch schematisches Diktat und wegen der ungünstigen Verhältnisse genommen wurde.

G. Senkfeil.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Amilin

8. Fortsetzung.

Hätte man einen solchen Trupp Arbeiter in eine große Straße der Stadt geführt, das Publikum wäre entsetzt gewesen. Überdies war jeder Anzug mit einer Raubmarke versehen. Fremde, die noch niemals in einer solchen Gasse waren, hätten sicher geglaubt, Sträflinge vor sich zu haben. Und sie sahen noch schlimmer aus, waren genau so an die Fron gekettet, genau so eingekerkert, genau so unfrei wie Sträflinge. Das Schlimmere ihres Loses war der Zwang der Not, der sie sich selbst zu solchem Los verurteilen ließ, und daß es keine Begnadigung, keine Amnestie, kein Ende gab. Das Los eines Fabrikarbeiters ist lebenslängliche Fron, lebenslänglicher Zwang.

Für sie gab es keinen Sommer, keinen Winter, keinen Frühling, wie etwa für andere Menschen, sondern nur eintönige, graue Tage, an denen sie in diese lichtlosen, verschmutzten, düstergelblich gebläuten Höhlen marschierten, darin es keine Sonne, keinen Himmel, keine Blumen, keine Felder und nichts gab als brodelnde Kessel, stöhnende, überhäufende Bütteln und rumorende Maschinen, Gestank, Dunst und vergiftete Luft.

Und das alles für ein paar Pfennige Lohn je Stunde, für ein paar lumpige Mark je Tag, gerade so knapp, um vor dem chronischen Verhungern zu schützen. In solchen Gassen mußte ja alles Bessere, Seelische, Geistige im Menschen verkümmern, im Verborgenen verkrüppeln.

Sie waren recht- und machtlos, standen allem hilflos und tatenlos gegenüber. Da war fast keiner, der an eine Änderung glaubte, ihnen war, als wäre das alles immer schon so gewesen, mußte immer so sein. Morgens in die Fabrik, abends heraus, Samstag Geld, und Sonntag vergnügte man sich damit, jeder nach seiner Art und in seinem Kreis. Aber gleich war alles für alle.

Daß man bei solch gleicher, primitiver Lebensweise auch gleiche Interessen haben, gleiche Verbesserung, wenn nötig, durch gemeinsamen Kampf erstreben könnte, daran dachte keiner. Es war auch keiner da, der es ihnen gesagt hätte.

Es gab wohl Arbeiter, die hinaufkommen, mehr verdienen wollten. Das suchten sie aber jeder für sich zu erreichen, indem einer den anderen hineinlegte, ihm zuvorzukommen versuchte, liebte ihn bei den Vorgesetzten zu werden bestrebt war, und sich draußen irgendeinem Verein anschloß, das bei der Fabrikleitung einen guten Namen hatte. Gar oft führte nicht die Tüchtigkeit und der Fleiß eine Stufe hinauf, sondern das hing vom Prozentgehalt des patriotischen Gefühls und nicht selten auch von der Anzahl der Kirchgänge ab, die man jährlich mit frommem Augenzwinkern absolvierte.

Peter hatte Scherding um einen Samstag-Urlaub gebeten. Der hatte ihn gar nicht anreden lassen, ohne nach dem Grunde zu fragen, lehnte er die Bitte rundweg ab. Es wäre viel zu tun, da könne nicht jeder einfach wegbleiben.

Wie er Samstagabend heimkam, erwartete ihn ein großes Ereignis. Seine Frau hatte ihm einen kräftigen Jungen geschickt. Alles war glücklich vorbei. Peter war außer sich vor Freude. Schon lange hatte er ein solch kleines Lebewesen nicht gesehen, früher immer getrauert, wenn Kleinkinder Rabau machten. Auf einmal war es umgekehrt. Er konnte den kleinen, zappelnden, kräftig die Lunge probierenden Wengel nicht genug ansehen. Den ganzen Sonntag lag er am Bett und war ordentlich stolz, wenn jemand kam und ihm sagte, der Bub sei ihm wirklich ähnlich. Dann hob er immer wieder das Spitzendecken hoch, Freunde und Stolz erfüllte ihn, und während er sein zweites Ich liebevoll betrachtete, neigte sich seine Seele ehrfurchtsvoll vor dem geheimnisvollen Wunder der Schöpfung. Er hätte vorher nie gedacht, daß ein Mann so von dem Wunder der eigenen Natur ergriffen werden könnte.

Frau Lene lag blasiert mit einem glücklichen Lächeln in den charakteristischen Kissen. „Gell, du bleibst ein paar Tage zu Hause, Peter?“ fragte sie ihn bittend. Und als er nicht gleich Antwort gab, bettete sie weiter: „Ne, es mir zuliebe! Du warst schon so lange nicht mehr einen Werktag bei uns — gell, bleib!“

Peter wäre für sein Leben gern geblieben, denn wo war es jetzt schöner als bei Frau und Kind? Alles in ihm sagte: ja, bleib dabei, was ich dich die Fabrik! Aber er hatte keinen Urlaub, konnte unmöglich länger wegbleiben, ohne seine Stelle zu verlieren. Deshalb sagte er gepreßt: „Es geht nicht, Liebste, es geht wirklich nicht.“

„Warum nicht, Peter? Andere bleiben doch auch zu Hause, bleib doch wenigstens morgen!“ Tränen standen in ihren Augen. „Die anderen arbeiten auch in keiner Fabrik. Bei uns geht es etwas nicht“, sagte Peter gedrückt.

„Ne, es geht mir zuliebe! Du warst schon so lange nicht mehr einen Werktag bei uns — gell, bleib!“

„Gewiß kann ich das, Liebste. Aber jetzt bin ich eingewöhnt, es soll auch bald mehr Lohn geben, heißt es in der Fabrik, nächstes Jahr bekomme ich schon ein paar Tage Urlaub“, und überlegend: „Nein, es geht wirklich nicht.“ Er sagte das scheinbar ganz ruhig. Aber in ihm tobte und rumorte der Kampf zwischen Liebe und Pflicht.

Seine Frau schloß eine Weile bitterlich in die Kissen. Denn hat sie wieder: „Peter, gell, du gehst wenigstens heute noch nicht fort.“ Sie konnte so dringend bitten, sah so hilflos aus, in ihrem Kummer.

Diesem Bitten konnte Peter nicht widerstehen. „Bis morgen früh will ich daheim sein, ja, dir zuliebe“, willigte er ein.

Frau Lene war nun wenigstens für den Augenblick zufrieden.

Er ging nichts also nicht fort. Schlafen konnte er jedoch nicht. Er grübelte die ganze Nacht darüber nach. Da hatte er nun einen kleinen heftigen Beben, seine Frau lag nach jätternd von den letzten Wehen in den Kissen, und er konnte ihr nicht beistehen, ihr nicht helfen, ihr nicht jeden Wunsch erfüllen, hatte es vorher nicht gekannt. Während sie daheim um ihre Stunde bangte, während die Schmerzen der ersten Wehen ihren Körper zermüllten, während sie zwischen Erde und Himmel stand, war er weit fort und füllte seine aus großen Fächern in kleine Nischenbüchsen.

Seine Ähner, sein freier Wille waren gebunden, geknebelt, wie mit schweißbeimerten Ketten an diese verfluchte Fabrik gefesselt, konnte sich nicht losreißen, nicht freimachen. Er würde für sein ganzes Leben so geknebelt, gefesselt bleiben. Der Gedanke daran erschauerte ihn fast. Er dachte zum ersten Male darüber nach, ob es nicht doch möglich sei, diese Ketten zu sprengen. Er jammerte und grübelte über die Ketten, die ihn an die Fabrik fesselten, er fand keine Lösung. Er konnte höchstens die Arbeiterschaft wecken, er das konnte er, und gleich darauf sagte er sich: „Nein, das kann ich auch nicht!“

Montag kam er dann erst am Mittag nach dem Essen in die Fabrik. Vorkarbeiter Müller fragte ihn, wo er gewesen sei. Peter gab ihm Auskunft.

„Des hätten Sie trotzdem nicht tun sollen, hätten sich vom Aufseher hintergeben lassen müssen“, sagte darauf Müller.

„Ich habe Herrn Scherding doch um Urlaub gefragt, er hat mir doch keinen gegeben“, erwiderte Peter. „Ich weiß — ich weiß“, meinte Müller ab. „Er hat bis losgeschlagen heute früh.“

„Wahrscheinlich“, sagte Peter. „Wo waren Sie heute früh?“

„Sind nicht aus dem Werkhaus herausgekommen.“

„Ich bitte um Entschuldigung, Herr Scherding, ich habe Ihnen am Samstag doch gesagt, meine Frau.“

„Was? Nichts haben Sie mir gesagt, und wenn — unterlassen Sie solche Dummheiten, die Fabrik hat kein Interesse an dieser Art von Dummheiten. Sie haben jetzt da zu sein.“

Roman von Fritz Molnar

In Peter kochte alles. „Herr Scherding, ich verbitte mir solche Redensarten!“ Seine Stimme zitterte, alle Muskeln und Adern in seinem Körper waren gespannt.

Scherding geriet in Ekstase. „Was! Redensarten? So eine Unverschämtheit. Hier hat sich niemand etwas zu verbitten, hier bin ich Herr, hier habe ich zu sagen; wenn es nicht paßt, dort hat der Schreiner das Loch gemacht.“ Damit schob er zur Tür hinaus.

Er wußte, wieviel die Uhr geschlagen hatte, wollte sich in Sicherheit bringen. Er war nämlich ebenso feige wie groß.

Peter zitterte, seine Mundwinkel zuckten. In ihm tobte es, wie in einem Körper, dessen Atome durch irgendeine chemische Veränderung in Bewegung gerieten, zu flimmern, magnetisch zu werden anfingen. Es war, als ob diese Atome selbst in ihrem Kern unruhig geworden wären. Die Energie, die bei einem solchen Prozeß frei wird, sucht entweder mit Gewalt ihre Fesseln zu sprengen, der Körper explodiert, oder die einzelnen Atome halten diesem Prozeß nicht stand, zerfallen in ihre Urbestandteile, und die Erregung klingt ab. So war es auch bei Peter. Er hätte schlagen, stoßen können, die Erregung schnürte ihm die Kehle zu, explodierte nach innen, die Energie fiel in sich zusammen. Peter war sprachlos über sich und seine Umgebung. Sein Körper wurde matt; bis er seine Gedanken wieder besammeln hatte, fühlte er einen dicken Wassertropfen über die Wange laufen. Ein Gefühl der Scham überkam ihn. Er schämte sich vor sich selbst, vor seiner Ohnmacht, vor seinen Ketten.

Wilder Trotz flammte in ihm auf. Fortgehen? — nein, er würde nicht fortgehen, jetzt gerade nicht! Und Scherding würde ihn auch nicht fort schicken. Er wußte schon, daß er zu gebrauchen war.

„Ich werde ihm von nun an Tr... bieten, ich werde an ihn heranzukommen suchen, Freund, ich kenne bereits deine schwachen Seiten. Es kommt der Tag, ich bin sicher, er kommt, wo wir zwei miteinander abrechnen. Nicht umsonst hast du mich in meinen innersten Gefühlen verletzt.“ Unbändiger Trotz kam über Peter, Haß flackerte in ihm auf, Haß gegen ein solches System, gegen eine solche Welt.

„Göhrer, geht es Ihrer Frau nicht gut?“ Vorkarbeiter Müller stand hinter ihm.

Peter begriff nicht. „Doch — warum, wie so, Herr Müller?“

„Nun, ich meine nur, weil Sie so grad vor sich hinstimmulieren.“ Müller hatte noch einen Mann mitgebracht. „Hier ist der neue Mann, zeigen Sie ihm die Arbeit“, erklärte er. „Und Sie, passen Sie gut auf und tun Sie, was der Göhrer sagt“, wandte er sich an den Neuen.

„Ja, ist denn Purzell krank, Herr Müller?“ fragte Peter erstaunt.

„Krank — nein! Scherding hat ihn auf den Hof geschickt, war zu spät gekommen“, berichtete Müller. Der neue Mann hieß Alois Strohmann.

Stephan Purzell war am Montag zu spät gekommen. Nur ein paar Minuten. Dafür bekam er einen ganzen Stundenlohn abgezogen. Er wäre also genug bestraft gewesen. Trotzdem ließ ihn Scherding fälschlich an, nannte ihn einen Lagedieb und sonst noch mehr.

Da hatte ihn Purzell die Füllschaufel vor die Füße geworfen und ihn einen Schinder geheißen. Es hätte wenig geschert und Purzell hätte Scherding zwischen die Füße geworfen.

Darauf hatte ihn Scherding fuchsteufelswild einfach auf den Hof geschickt.

Stephan meldete sich beim Plagmeister. Der schien schon uninteressiert zu sein, wollte ihn dem technischen Direktor zur Entlassung melden. Er brauchte jedoch für den Tag mehr Leute zum Ausladen; deshalb stellte er ihn zum Ausladen von Soda an. Diese mußte sackweise aus dem Waggon getragen werden. Jeder Sack wog einen Doppelzentner.

Stephan war die schwere Arbeit nicht gewohnt. Bis Mittag trachten ihm die Knochen und Muskeln in allen Jügen. Außerdem mußten die Säcke. Man mußte fortwährend niesen, und die Haut wurde fürchterlich. Nachmittags mußten sie Eisenspäne ausladen. Das war noch schlimmer, wirbelte mächtige Eisenspänewolken auf, weil die Späne gleich gestreut wurden. Abends war er wie gerötet. Der seine Eisenspäne hatte sich ganz in die Hautporen gestossen. „Morgen wird in Sack gehalten“, sagte er zu Peter. „An deiner Stelle würde es nicht tun“, rief ihm der.

„Du hast bloß noch keine Eisenspäne ausgeladen. Da kann ich gerade so gut auf einer Baustelle Russen schleppen“, versetzte er ärgerlich.

„Du bleibst auch nicht auf dem Hof, wirst schon wieder einen Platz kriegen“, tröstete Peter.

Er hatte recht. Am nächsten Morgen, nachdem Jürgens vertrieben hatte, schickte er Stephan ins Exportmagazin. Er meldete sich beim Aufseher Fromm und erhielt fast wieder dieselbe Arbeit wie in der Fabrik.

Im Exportmagazin wurde ebenfalls Farbe eingefüllt und direkt verpackbar gemacht. Alles wurde sorgfältig verpackt und gezeichnet. Es ging ins Ausland. Auch die Farbproben für die Kunstschaffler wurden dort fertig gemacht und verschickt. Staub gab es so auch dort. Wer es war schon warm, und, was für Stephan die Hauptsache war, im Exportmagazin arbeitete eine große Anzahl Frauen und Mädchen. Sie verrichteten die gleiche Arbeit wie die Männer, nur bekamen sie weniger Lohn. Das war für die Fabrik die Hauptsache. Die Mädchen trugen blaue Schürzen und Mützen bei der Arbeit, sonst ihre eigenen Kleider. Wenn sie morgens in die Fabrik gingen und abends heraus, hätte man glauben können, sie arbeiteten in einem Nähhilfen, statt in einer schmucklosen Fabrik. Sie waren sauber und adrett zurechtgerichtet, sahen in ihren weißen und farbigen Mützen und Schürzen recht anmutig aus. Bei der Arbeit schnatterten und kicherten sie in einem fort.

Wenig, lustige Welt war es, von der sie schwärmten und träumten. All das, was ihnen wegen der Armut ihrer Eltern verweigert blieb, was die Welt außerhalb der Fabrik an Glanz, Reichtum und Leben bot, wurde besprochen und verherrlicht. Dazu kamen der übrige Ortsschmerz und der Fremde und Nachbarn und was sonst noch von Interesse für eine kleine Fabrikmädchen ist. Manche träumten von der Zukunft, von einem reichen „Kavalier“ und was damit verbunden ist: schöne Kleider, große Gesellschaften, Reisen, Theater und Waff. Sie sahen die Welt nicht, wie sie war, sondern wie sie ihnen in Kinns, Theatern, Tanzdielen und billigen Liebesromanen vorgegaukelt wurde. Sie waren voll Sehnsucht nach all diesen erträumten Sachen, voll Sehnsucht nach ein wenig Sonne, ein wenig Glück im Leben, mußten nicht, daß sie niemals reich würden, daß das, was ihnen so bunt auf der Leinwand vorgegaukelt wurde, nur die Vorvorbereitung des Lebens der anderen war, für die sie hier in der schmucklosen Fabrik Farbe einfüllen, ohne Sonne, ohne Frühling, ohne Jugend. Sie plagten sich doch nur für ein paar Pfennige Lohn, kaum reichend für eine bescheidene Existenz, um dann später in einem langen, entbehrungsreichen Leben den trüben, freudearmen Beruf einer Arbeiterfrau und Mutter anzunehmen.

Sie schwärmten, kicherten, machten Pläne, wenn der Samstag kam oder der Feiertag, sangen auch Lieder von Liebe und Glück. Glück ist nur Schein, Jüngerlein. Für sie war es ungeachtet. Ihr Glück war der Schein, der ihre Jugend vergoldete, sie über ihre armselige, freudlose Jugend hinwegtäuschte, sie Fabrik und Farbstand vergessen ließ.

(Fortsetzung folgt)

Hus muß sterben.

Im Verlag „Der Bücherkreis, G. m. b. H.“, Berlin SW 61, erschien kürzlich ein neuer Roman von Oskar Wöhrl, dem Verfasser des Schelmenbuches „Der Waldmann und seine Streiche“. Wöhrls neues Werk ist ein historischer Roman, ein Querschnitt durch die bewegteste Epoche der mittelalterlichen Kirche. Es trägt den Titel „Jan Hus — Der letzte Tag“. (Preis 4,80 Mk.) Wir veröffentlichen heute daraus mit Genehmigung des Verlages den Anfang des ersten Kapitels, der mit knappen Strichen die historische Situation zeichnet, in der die Handlung einsetzt.

Hus muß sterben.

Die lärmenden Treiber, die ihn seit Monden umringt halten, haben die abjahnende Kette geschlossen. Nun, ihrer Beute gewiß, lassen sie das letzte Gatter fallen.

Es ist genau so gekommen, wie der verklagte Magister in seiner Appellation, vor drei Jahren in Prag vom Papst an Jesum Christum, den höchsten Richter getan, voller Betrübniß des Herzens und voller Kümmeris der Seele schriftlich niedergelegt hat:

„Siehe, der Feind hat sich aufgerichtet! Die Not ist vorhanden, aber niemand, der helfe!“

Viel Hund umgeben mich, und die Versammlung der Zornwütigen hat mich besessen!

Sie haben wider mich geredet mit betrügerischer Zung. Mit gefälligen Worten haben sie wider mich hanfirt und wider mich gefochten ohn' Ursach!

Denn sie haben über mich einen solchen Rat gehalten, sagend: Wir wollen sein Speis mit Holz verderben und ihn aus dem Land der Lebenden treiben, daß seines Namens nimmermehr soll gedacht werden!“

Wirklich, so ist es.

Schärfer als mit des Bedrohten eigenen Worten — kann die Lage gar nicht ausgesprochen werden.

Es gibt keinen Ausweg, keine Rettung mehr.

Hus muß sterben.

Sein Tod ist unabwendlich.

Der ganze Handel ausgemacht hinter verschlossenen Türen, von den Wortführern der Kurie und der deutschen Nation des Konzils abgeliefert, abgetroßt, abgedroht dem in dieser Sache ewig zögernden, ewig unentschiedenen Siegmund, römischen König, der aber heute in der Sitzung des Geheimkonventikels gar nicht königlich wirkt. Nein, heut sieht der rotbärtige Mehrer des Reichs gar nicht aus als Inhaber und Ausüßer der weltlichen Macht, nein, ihm rinnt der helle Schweiß großtropfend von der gebuckelten Stirn, sein Atem fliegt, seine Gliedmaßen bebend und zittern, die paar Zähne, die er noch in den Kiefern hat, klacken hörbar aufeinander, als ob er Fieberfrost hätte, und allen, die ihn in dieser Versammlung sehen, muß es scheinen, als sei nicht Hus, sondern er, Siegmund, der arme Sünder, um dessen Verbrennung es ginge.

Doch mag ihm, dem König, der Entschluß, seinen ehemaligen Schützling fallen zu lassen, noch so schwer werden, die Entschcheidung läßt sich nicht mehr umgehen, nicht mehr länger hinausschieben, durch alle diplomatischen Künste nicht.

Damit ist das Schicksal des angeklagten Magisters entschieden. Es gibt keine andere Möglichkeit: Jan Hus aus Susinecz in Böhmen muß sterben.

Wie hat doch Michael de Causis, Sussens Ankläger, eben in der Schlussrede gesagt, mit seinen ausgebeinten gelben Fingern die Kante des Sprechpultes unklammernd und Speichelbläschen nach allen Seiten sprühend:

„Räudige Schafe gehören ausgemerzt aus der Herde! Und selbst wenn der Keger noch im letzten Verhör oder gar auf dem Scheiterhaufen widerriefe: glaubt ihm nicht, ehrwürdige Väter, glaubt ihm nicht! Das wären nur weitere trügliche Schliche des verderblichen Wolfes. Traut ihm nicht, Leuchten der Kirche, traut ihm nicht! Ich beschwöre euch bei Jesu unseres Heilandes Wundmalen! Fort mit Hus! Entsetzt ihn seiner priesterlichen Würden! Überantwortet ihn dem weltlichen Arm, auf daß ihm sein Recht geschehe, und das wird Heulen und Zähneknirschen sein! Seinen sinkenden, hoffärtigen, heuchlerischen Leib fresse die Flamme! Die Kammer der Kirche, die er durch seinen Geifer besudelte, werde wieder rein!“

Tosender Beifall ist dieser Hehrede gefolgt. Händeklatschen, Fußgetrappel, daß der ganze Estrich des Resektoriums zittert, und Gelärm und Gejohl, Ausgelassenheit an schrillen Geschrei, als sei hier nicht eine Versammlung der Mäße der Christenheit im Jahre des Heils 1415 nach unseres Erlösers Geburt, sondern ein aufgeregter, spielerischer, leidenschaftendurchwühlter heidnischer Pöbelhaufe im römischen Zirkus, vor den Augen des Cäsars durch Niederstoß des Daumens blutleuchtend, bäumend und schäumend, den Tod eines im Netz gefangenen, unterlegenen Gladiators fordern.

Also Tod für Hus!

Also Verbrennung! Auslöschung! Vernichtung!

Das ist besser als lebenslängliche Haft und Einschließung in irgendeinem abgelegenen schwäbischen Kloster, wie das von einigen humanitätstriefenden Stimmungebenden vorgeschlagen wurde.

Aus der Welt mit ihm! Kein Klostergefängnis! Tod!

Tod ist auch sicherer als Einsperung und gefängliche Verwahrung.

Kerkermauern können erbrochen, Gefängnisgitter durchgesägt werden. Gold macht sogar die Tugend der Nonnen stolpern, warum nicht die eines Gefangenenmarts?

Tod dagegen schließt alle Zwischenfälle aus, mögen sie kommen, washer sie wollen.

Wies Gold der Welt kann einen toten Menschen nicht mehr lebendig machen.

Tod ist der Schlüssel!

Tod bereinigt.

Tod mäht ab und schafft ebenmäßige Fläche!

Tod stillt jegliche Unruhe!

Tod ordnet mit einem Schlag alle Verwirrung!

Die ausgeschnittene Zunge redet und lästert nicht mehr!

Die ausgerodete und durch Feuer vernichtete Wurzel trägt fürderhin nicht mehr giftige Frucht!

Also Scheiterhaufen! Fressendes Feuer! Vereinigender Brand!

Damit ist der Spruch über Hus zum Voraus gefällt.

Mag morgen im Verlauf der auf den frühen Vormittag anberaumten 15. General-Session vorkommen, was will: der Endspruch zur Ausstoßung des Kezers aus dem Mutterchoß der Kirche, seine Überantwortung an den weltlichen Arm und sein darauffolgender FeuerTod muß durchgehen und wird auch durchgehen!

Humoristische Ecke.

Der helle Schaffner.

Einer meiner Freunde fährt mit der Straßenbahn 10 in Leipzig nach der Eisenstraße. Nach acht Minuten fragt er den Schaffner: „Sind wir schon an der Eisenstraße?“

„Ne.“

Nach vier Minuten fragt er ihn: „Sind wir schon an der Eisenstraße?“

„Ne.“

Wieder nach vier Minuten: „Sind wir jetzt an der Eisenstraße?“

„Ne.“

Schließlich wird ihm die Geschichte unheimlich — die Bahn nähert sich mit Macht der freien Natur. Er fragt zum letztenmal: „Wann kommen wir denn in die Eisenstraße?“

„Da gomm mir inworbauhd nich hin. Die gingk barralleh!“ (Aus: H. Reimann: „Was nicht im Wörterbuch steht“, 1931.)